

# **Verfassungs- schutz in Hessen**

**Bericht 1981**



## Vorwort

Verfassungsschutz im Sinne des Grundgesetzes ist nicht nur Schutz der staatlichen Ordnung, sondern zugleich auch Schutz des Bürgers. Die freiheitliche demokratische Grundordnung, von den Vätern des Grundgesetzes beschlossen, von ihren Gegnern oft als fdGO verhöhnt, ist nicht um ihrer selbst willen geschaffen worden. Sie ist der notwendige Rahmen, in dem sich freie Bürger eines freiheitlichen Staates betätigen und entfalten können.

Der Blick in den anderen Teil Deutschlands zeigt, daß eine freiheitliche demokratische Rechtsordnung nicht selbstverständlich ist. Ein Staat, der seine Bürger mit Metallgitterzaun und Selbstschußanlagen daran hindert, andere Länder zu besuchen und dort zu leben, wo sie sich niederlassen möchten, hat keine freiheitliche demokratische Grundordnung, sondern ist eine Zwangsjacke. Von Freiheit kann auch dort keine Rede sein, wo eine Einparteiherrschaft besteht und das Recht auf Opposition verneint wird; wo die herrschende Ideologie für alle verbindlich bestimmt, was Recht und Wahrheit zu sein hat. Obwohl diese Verhältnisse in den Ländern des „realen Sozialismus“ für jedermann erfahrbar sind, gibt es Bestrebungen auch in der Bundesrepublik

Deutschland, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch eine „Diktatur des Proletariats“, die in Wahrheit die Diktatur einer Kaste von Machthabern ist, zu ersetzen.

Eine Staatsordnung der Unfreiheit wollen jedoch auch die errichten, die dem „Tausendjährigen Reich“ nachtrauern, das nur zwölf Jahre dauerte und Millionen Tote sowie ein Deutschland in Schutt und Asche hinterließ. Der Bürger kann auch dort nicht in Freiheit leben, wo der Einzelne nichts, das Volk aber alles ist. Recht des Einzelnen und Geltung des Führerprinzips, das nichts anderes als Diktatur bedeutet, schließen einander aus.

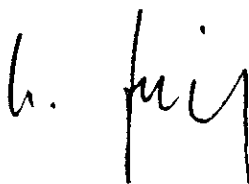
Der Verfassungsschutz hat den im Grundgesetz verankerten Auftrag, durch seine Arbeit dazu beizutragen, daß der Bundesrepublik Deutschland eine Diktatur erspart bleibt. Er sammelt Unterlagen über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen, wertet sie aus und warnt vor drohenden Gefahren. Seine Erkenntnisse sollen aber nicht nur der Regierung und den Exekutivbehörden ermöglichen, rechtzeitig Abwehrmaßnahmen zu treffen. In den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten werden die Beobachtungen und Analysen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Bürger, von dessen politischen Entscheidungen letztlich der Fortbestand des demokratischen Rechtsstaates abhängt, soll in die Lage versetzt werden, sich selbst ein Bild über die extremen Bestrebungen zu machen. Dies ist nicht nur wichtig, weil extreme Organisationen ihre wirklichen Ziele verschleiern, sondern vor allem, weil sie wegen ihrer offensiblen Erfolglosigkeit bei demokratischen Wahlen versuchen, über Neben- und Tarnorganisationen oder durch Einflußnahme auf Organisationen mit auch für Demokraten vertretbaren Zielen Bündnispartner und Anhänger zu gewinnen.

Diese oft nicht einfach zu durchschauenden Zusammenhänge will der Verfassungsschutzbericht aufhellen und sachlich

che Informationen für die politische Auseinandersetzung liefern, die im demokratischen Staat Vorrang vor staatlichen Verboten haben muß. Daneben informiert der Bericht über sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern und über Erfahrungen aus der Spionageabwehr, die dem Bürger helfen sollen, Anwerbeversuche fremder Geheimdienste rechtzeitig zu erkennen und eine nachrichtendienstliche Verstrickung zu vermeiden.

Daß die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden der Geheimhaltung bedarf und daß eben diese Geheimhaltungspflicht es

ihnen oft verbietet, sich gegen ungerechtfertigte Vorwürfe zur Wehr zu setzen, verführt leicht dazu, bei dieser Tätigkeit von einer „Grauzone“ staatlichen Handelns zu sprechen. Das ist falsch. Der Verfassungsschutz ist ebenso an die von Gesetz und Rechtsprechung gezogenen rechtsstaatlichen Grenzen gebunden wie andere Behörden. Die Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen haben sich dieser Verpflichtung auf den Rechtsstaat stets bewußt gezeigt. Hierfür danke ich ihnen ebenso wie für ihre schwierige und persönliche Opfer erfordernde Arbeit.



Ekkehard Gries  
Hessischer Minister des Innern

<b>Inhalt</b>	Seite
<b>Gesetzliche Grundlagen</b> .....	5
Grundgesetz .....	5
Verfassungsschutzgesetz .....	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz .....	7
Parlamentarische Kontrolle .....	7
 <b>Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen</b> .....	 8
 <b>Informativer Verfassungsschutz</b> .....	 9
 <b>Rechtsextreme Bestrebungen</b> .....	 11
<b>Allgemeine Entwicklungstendenzen</b> .....	11
<b>Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)</b> .....	11
Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) .....	13
<b>Nebenorganisationen der NPD</b> .....	13
<b>Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen</b> ...	13
Deutsche Volksunion (DVU) .....	13
Vereinigung für Gesamtdeutsche Neutralität (VGN) .....	14
Wiking-Jugend (WJ) .....	14
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) .....	15
<b>Neonazistische Bestrebungen</b> .....	15
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) .....	15
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) .....	16
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA) .....	16
Buchladen «Verlag Volk und Kosmos» .....	17
Auslandsbeziehungen deutscher Rechtsextremisten .....	17
<b>Neonazistische Ausschreitungen</b> .....	18
<b>Strafurteile gegen Rechtsextremisten</b> .....	19
<b>Beurteilung</b> .....	19
 <b>Linksextreme Bestrebungen</b> .....	 21
<b>Allgemeine Entwicklungstendenzen</b> .....	21
<b>Orthodoxer Kommunismus</b> .....	23
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) .....	23

<b>Nebenorganisationen der DKP</b> .....	27
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) .....	27
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) .....	28
Junge Pioniere (JP) .....	28
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) .....	29
Marxistische Arbeiterbildung (MAB) .....	29
<b>DKP-beeinflußte Organisationen</b> .....	30
Deutsche Friedensunion (DFU) .....	30
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) .....	30
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ..	31
<b>Neue Linke</b> .....	31
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) .....	31
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) .....	32
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD) .....	32
Kommunistischer Bund (KB) .....	33
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) .....	33
Sonstige kommunistische Gruppen .....	34
Undogmatische Neue Linke .....	35
<b>Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen</b> .....	38
<b>Terrorismus</b> .....	38
Rote Armee Fraktion (RAF) .....	38
Revolutionäre Zellen (RZ) .....	40
<b>Beurteilung</b> .....	40
<b>Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern</b> ..	42
<b>Allgemeine Entwicklungstendenzen</b> .....	42
<b>Türkische Gruppen</b> .....	42
<b>Jugoslawische Gruppen</b> .....	43
<b>Iranische Gruppen</b> .....	44
<b>Palästinensische Gruppen</b> .....	44
<b>Beurteilung</b> .....	45
<b>Spionageabwehr</b> .....	46
<b>Allgemeine Lage</b> .....	46
<b>Werbungsanlässe und -methodik</b> .....	46
<b>Umfang und Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten</b> .....	47
<b>Führungsmethodik</b> .....	47
<b>Beurteilung</b> .....	48

# Gesetzliche Grundlagen

## Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über . . . die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder . . .

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, . . .

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können . . . Zentralstellen . . . zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

## **Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

### § 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

### § 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

### § 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
  - 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

#### § 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

#### § 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

#### § 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

## **Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz**

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

### **§ 1**

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

### **§ 2**

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

### **§ 3**

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

### **§ 4**

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

### **§ 5**

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

## **Parlamentarische Kontrolle**

Die parlamentarische Kontrolle über das LFV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.



## **Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)**

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (061 21) 7 78 21 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

Abteilung Z – Verwaltung

Abteilung I – Zentrale Fachfragen,  
Nachrichtendienstliches  
Informationssystem (NADIS),  
Auswertung Rechtsextremismus,  
Auswertung Sicherheitsgefährdende  
Bestrebungen von Ausländern

Abteilung II – Beschaffung

Abteilung III – Auswertung Linksextremismus  
und Terrorismus

Abteilung IV – Spionageabwehr

Abteilung V – Geheimschutz

## Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

**Vorträge**, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle  
Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst *Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme*
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland  
*Darstellung von besonderen Fällen*
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
  - Verfassungsschutz und politische Bildung Gemeinsame Lernziele
  - Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität *Deutungsversuche an praktischen Beispielen*

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland *Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen*
- Strategie und Taktik der prosovjatischen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik  
*Einwirkungsversuche auf Umweltschutz- und Friedensbewegungen Agitation am Arbeitsplatz*
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen  
*Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft*
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland  
*Zur Diskussion über die Ursachen*
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft *Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus*
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland *Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen*
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland  
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus  
*Techniken rechtsextremer Agitation*
- Der Nährboden des Rechtsextremismus  
*Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen*
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit

# Rechtsextreme Bestrebungen

## Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die für 1980 beobachtete Entwicklung im Bereich rechtsextremer Aktivitäten setzte sich 1981 fort. Wie im Vorjahr war verbindendes Merkmal der nicht selten auseinander driftenden rechtsextremen Strömungen die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Weitere wesentliche Elemente des Rechtsextremismus sind unverändert

- Forderung nach einer totalitären Staatsform einschließlich des Führerprinzips
- Überbewertung der «Volksgemeinschaft»
- Agressiver Nationalismus auf völkischer oder rassistischer Grundlage
- Rechtfertigung des NS-Regimes und Verharmlosung seiner Verbrechen.

Diese Merkmale waren, wenn auch graduell unterschieden, für Handlungen und Äußerungen rechtsextremer Organisationen und Einzelpersonen kennzeichnend. Verschiedentlich waren nur einzelne Elemente erkennbar. Andererseits schließt beispielsweise das offene Bekenntnis junger Rechtsextremisten zum Nationalsozialismus alle genannten Merkmale ein. Die Situation des Rechtsextremismus ist langfristig durch zwei gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet:

Einerseits hält der Niedergang des organisierten Rechtsextremismus an; die *NPD* hat bei der letzten Bundestagswahl nur noch 0,2% der Stimmen erhalten. Auch die verstärkte Propagierung ausländerfeindlicher Parolen konnte hieran bisher nichts Wesentliches ändern. Andererseits haben sich die Aktivitäten kleiner neonazistischer Gruppen mit zunehmender Neigung zur Gewalttätigkeit verstärkt. Der in Kleingruppen aufgesplitterte Rechtsterrorismus hat an Fanatismus und krimineller Energie zugenommen, wobei eine zuneh-

mende internationale Verbindungsaufnahme dieser Gruppierungen über die Grenzen hinweg festzustellen ist. Das kann durch folgende Beobachtungen belegt werden:

- Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* und ihre Nebenorganisationen verloren erneut an Bedeutung und Einfluß. Ihre Mitgliederzahl sank weiterhin. Dies trifft auch für andere rechtsextreme Organisationen zu. Lediglich der Herausgeber der *Deutschen National-Zeitung (DNZ)*, Dr. Gerhard Frey, konnte den Organisations- und Mitgliederstand der von ihm geführten «national-freiheitlichen» Organisationen konstant halten.
- Bei den Neonazis zeigte sich erneut die Bereitschaft zur Militanz und Gewaltanwendung. Sichtbares Zeichen hierfür waren die von ihnen verübten schweren Gewalttaten und die Anlegung von Waffen- und Sprengstofflagern sowie die Planung und Androhung von Gewalt und Terror. Die meistens ohne feste Organisationsstruktur handelnden Neonazis sind auch für die vielen rechtsextremen Schmiereien und Störaktionen verantwortlich.
- Die Zusammenarbeit deutscher Neonazis mit ausländischen Gesinnungsfreunden wurde weiter intensiviert. Dabei stand wie bisher die Beschaffung von Propagandamaterial im Vordergrund. Auch die Bemühungen um den Erwerb von Waffen und Sprengstoff sowie die Gewährung von Unterschlupf nahmen zu. Zur Bildung international zusammengesetzter Terrorgruppen ist es jedoch bisher nicht gekommen.

## Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die 1964 in Hannover gegründete *NPD* stand auch 1981 unter der Führung des 45jährigen Rechtsanwalts Martin Muß-

gnug, Tuttlingen. Mußnug, seit 1971 Parteivorsitzender, wurde im Oktober auf dem Bundesparteitag in Völklingen mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Obwohl Funktionäre alle Anstrengungen unternahmen, um die öffentliche Diskussion sozialer und wirtschaftlicher Probleme für die Partei zu nutzen, verlor die Partei erneut Anhänger. Sie weist derzeit bundesweit weniger als 7 000 Mitglieder auf.

Das Presseorgan der *NPD*, die Monatszeitung *Deutsche Stimme*, befaßte sich hauptsächlich mit der Ausländerproblematik. Das Thema wurde einseitig ausländerfeindlich abgehandelt, die Forderung nach «Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen» erhoben und vor dem Aussterben des deutschen Volkes gewarnt. Den im Bundestag vertretenen Parteien warf die *NPD* vor, Westdeutschland zu Grunde zu richten. Die Bundesregierung wurde als «Versagerkartell» diffamiert.

Anläßlich des disziplinarrechtlichen Verfahrens gegen einen Offizier der Bundeswehr, der hohe Funktionen in der *NPD* bekleidete, bejahte das Truppendienstgericht Mitte, wie früher schon andere Gerichte, in seiner Entscheidung vom 7. Oktober die Verfassungsfeindlichkeit der *NPD*. Nach Auffassung des Gerichts ergibt sich diese insbesondere aus den Schriften und Reden der *NPD*-Anhänger, die eine Staatsordnung des völkischen Kollektivismus anstreben, eine Ordnung, die mit dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und den Menschenrechten nicht vereinbar ist.

Dem hessischen Landesverband gehören noch etwa 550 Mitglieder an (1980: 600). Davon beteiligt sich jedoch nur ein geringer Teil aktiv an der Parteiarbeit. Landesvorsitzender ist der 70jährige Erich Gutjahr, Frankfurt am Main, der auf dem 12. ordentlichen Landesparteitag der *NPD* in Frankfurt am Main am 25. Januar zum Landesvorsitzenden gewählt wurde. Gutjahr gehört auch dem Bundesvorstand der *NPD* an.

Publikationsorgan der hessischen Nationaldemokraten ist die monatlich erscheinende Broschüre *Stimmen der hessischen Nationaldemokraten*, die im Inhalt der *Deutschen Stimme* gleicht. In der Novemberausgabe heißt es u. a.: «Die Republik stirbt. Wie einst die Weimarer – wird heute die Bonner – Republik von charakterlosen ehrgeizigen, sich selbst als die Auserwählten, die Besten, die Macher, die Könner, anpreisenden sogenannten Volksvertretern, zum Tode verurteilt. . . . Bald werden die Auserwählten ihre Verantwortung ablegen und der sterbenden Republik den Rücken kehren. Wir Nationaldemokraten werden dafür sorgen, daß sie nicht ungestraft davonkommen.» An den hessischen Kommunalwahlen im März nahm die *NPD*, die ihren Wahlkampf hauptsächlich mit der Forderung «Ausländerstopp» führte, nur noch in zwei Landkreisen, der Stadt Frankfurt am Main und einigen kleineren kreisangehörigen Gemeinden mit eigenen Kandidaten teil. Dabei erlitt sie erneut eine Niederlage. In Frankfurt am Main erhielt sie 1 350 Stimmen (0,2%), bei den Kommunalwahlen 1977 waren es noch 2 767 (0,4%). Insgesamt konnte die *NPD* bei den letzten Gemeindewahlen 1 748 Stimmen (1977: 3 500) auf sich vereinigen, bei den Wahlen zu den Kreistagen erhielt sie 866 Stimmen gegenüber 1 613 im Jahr 1977. Nur noch wenige Kreisverbände arbeiten reibungslos. Einige sind völlig inaktiv. Die Funktionäre sind von der Erfolglosigkeit ihrer politischen Arbeit enttäuscht. Sie halten die regelmäßigen Versammlungen mit wenig Interesse und vor einer kleinen Anzahl von Mitgliedern und Gästen ab, in der Mehrzahl ältere Leute.

Die politische Arbeit wird zusätzlich durch die sehr begrenzten finanziellen Mittel erschwert. Noch immer schuldet die *NPD* der Bundestagsverwaltung Wahlkampfkosten in Höhe von 700 000 DM. Beitragseinnahmen und Spenden sind spärlicher geworden.

In Hessen trat die *NPD* überwiegend nur noch mit Informationsständen an die Öffentlichkeit, die auf wenig Interesse bei der Bevölkerung stießen. Daran änderten auch öffentliche Veranstaltungen nichts, mit deren Hilfe zum Beispiel in Rüsselsheim, Bad Hersfeld und Frankfurt am Main nach den Worten Gutjahrs das «Sektierer-Dasein» der *NPD* durchbrochen werden sollte.

Das *Deutschlandtreffen der NPD*, das mehrere Jahre in Hessen veranstaltet worden war, fand 1981 in Dortmund statt. Etwa 500 Personen nahmen daran teil. Den *NPD*-Funktionären war es gelungen, den Veranstaltungsort bis kurz vor der Durchführung geheimzuhalten, so daß Zusammenstöße mit politischen Gegnern ausblieben.

#### Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)

Die *BIA* wurde Anfang 1980 in Bochum auf Betreiben des *NPD*-Funktionärs Prof. Hagen Prehl gegründet. Ihr sind inzwischen alle *NPD*-Landesverbände beigetreten. Sie gibt die Zeitschrift *Deutsche Zukunft* heraus, die alle zwei Monate erscheinen soll.

Die *BIA* setzte auch 1981 in ihrer Zeitschrift und zahlreichen Flugblättern mit Parolen wie «Deutsche bald Minderheit», «importierter Bürgerkrieg», «Chikago droht» und «ausländische Rauschgiftmafia» ihre Kampagne «gegen die Überfremdung des Deutschen Volkes» und damit die ausländerfeindliche Propaganda fort. Es wurden erneut Unterschriften für ein Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel gesammelt, dort getrennte Schulklassen für deutsche und ausländische Kinder einzuführen.

In Hessen trat eine *Bürgerinitiative Ausländerstopp – Sektion Hessen* auf, deren Aktivitäten im wesentlichen von führenden *NPD*-Mitgliedern getragen wurden. Diese Verbindungen zur *NPD* wurden jedoch verschleiert, um einen größeren Kreis von Interessenten anzusprechen.

Am 13. Juni fand in Heppenheim (Bergstraße) der *1. hessische Überfremdungskongreß* statt. Als Referent trat Prof. Prehl auf. In der Folge führten *NPD*-Kreisverbände zum gleichen Thema öffentliche Veranstaltungen in mehreren Städten durch. Hierbei wurden Flugblätter der *BIA* verteilt und Unterschriften für einen «Ausländerstopp» gesammelt.

#### Nebenorganisationen der NPD

Die *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, die 1969 gegründete Jugendorganisation der *NPD*, sehen sich weiterhin als «Motor» und geistige Elite der Partei. Bundesvorsitzender der 1980 noch etwa 1 000 Mitglieder zählenden und im Berichtsjahr auf insgesamt nur noch rund 750 Mitglieder geschrumpften Organisation ist der 31jährige Student Rainer Vogel aus Hürth. Die nach dem Vorbild der *NPD* organisierten *JN* verfolgen uneingeschränkt die Ziele der *NPD*.

Die hessischen *JN* haben weiterhin etwa 60 Mitglieder. Sie werden von dem 27jährigen Ludwig Palm aus Leun geführt. Ihre Aktivitäten beschränkten sich im wesentlichen auf die Durchführung von Versammlungen, das Aufstellen von Informationsständen, Flugblattverteilungen und einige Zeltlager. Daneben nahmen jedoch einige ihrer Mitglieder, denen die Mutterpartei zu «lasch» ist, Kontakte zu neonazistischen Kreisen auf, obwohl die Führung von *NPD* und *JN* versuchten, diesen Verbindungen entgegenzuwirken.

Der *Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB)* hat bundesweit nur noch wenige Mitglieder. In Hessen wurden Aktivitäten des *NHB* nicht bekannt.

#### Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen

Deutsche Volksunion (DVU)

Die 1971 gegründete *DVU* wird weiterhin von dem Verleger Dr. Gerhard Frey in

München geführt. Sie hat bundesweit etwa 10 000 eingeschriebene Mitglieder und ist damit die mitgliederstärkste rechts-extreme Organisation. In Hessen sind rund 200 DVU-Mitglieder bekannt.

Diese verhältnismäßig hohen Mitgliederzahlen konnte Dr. Frey nur durch die Gründung weiterer Organisationen wie der *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)* und der *Initiative für Ausländerbegrenzung (IfA)* erreichen, da die Mitgliedschaft in diesen Organisationen satzungsmäßig auch zur Mitgliedschaft in der DVU als Dachorganisation führt.

Mit seinen Presseerzeugnissen, dem *Deutschen Anzeiger (DA)* als Presseorgan der DVU, insbesondere aber mit der *Deutschen National-Zeitung (DNZ)*, warb Dr. Frey Ende 1980 für den Beitritt zur IfA mit den Worten:

«Der weitgehend ungehemmte Zustrom von Ausländern, insbesondere Scheinasylanten, macht es notwendig, daß entsprechend unserer Rechtsordnung auch jene ihre Stimme erheben, die Deutschland deutsch bleiben lassen wollen. Nur vereint haben wir eine Chance. Darum bitte ich um Ihren Beitritt zur neugegründeten «Initiative für Ausländerbegrenzung», an deren Spitze ich stehe» (Aufruf vom 28. November 1980).

Mit der Begründung, daß der «deutsche Charakter Deutschlands und die volkliche Einheit der Bundesdeutschen mit den Österreichern und Mitteldeutschen» bedroht sei, die Rassenauseinandersetzungen «Deutschland destabilisieren und die kriminelle Szene in der Bundesrepublik bereichert würde», forderte Dr. Frey, «Menschen verwandter Kulturkreise sollten vorgezogen und Kommunisten, vorbestrafte Deutsche sowie ausländische Terroristen und Revolutionäre ferngehalten werden» (*Programm der IfA*).

Die Ausstrahlung des Filmes «Der unvergessene Krieg» in einigen Fernsehprogrammen hatte laut DNZ (Nr. 36 vom 28. August 1981) den Zweck, durch eine sy-

stematisch geförderte Kollektivschuld- und Verantwortungshysterie die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ihrer nationalen Identität zu berauben, den Umerziehungsprozeß voranzutreiben und die Kampfmoral der Bundeswehr zu unterminieren.

Vereinigung für Gesamtdeutsche Neutralität (VGN)

Die 1980 von dem ehemaligen hessischen NPD-Vorsitzenden Philipp und anderen NPD-Funktionären gegründete VGN verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel, einen «europäischen Bruderkrieg» zu verhindern. Daraus resultiert die Forderung «Raus aus der NATO, raus aus dem Warschauer Pakt – damit Europa eine Zukunft hat». In einem Flugblatt wird behauptet: «Weder der west- noch der mitteleuropäische Soldat ist Soldat eines deutschen Staates, sondern Söldner einer auswärtigen, feindlichen Besatzungsmacht!»

Die VGN zählt in Hessen etwa 30 Mitglieder. Ihre Versuche, durch Versammlungen und Informationsstände weitere Mitglieder zu gewinnen und auf ihre Ziele aufmerksam zu machen, blieben ebenso ohne nennenswerten Erfolg wie der Aufruf in dem *VGN-Echo*, an der *Friedensdemonstration* am 10. Oktober in Bonn teilzunehmen.

Wiking-Jugend (WJ)

Die 1952 gegründete parteiunabhängige *Wiking-Jugend* propagiert den «germanischen Rassegedanken». Sie fühlt sich der «Artgemeinschaft des Blutes» verpflichtet. Bundesführer der etwa 400 Mitglieder, davon etwa 50 in Hessen, zählenden Organisation, die sich in Gaue und Horste gliedert, ist Wolfgang Nahrath, Köln. Die *Wiking-Jugend* veranstaltete mehrere Zeltlager, an denen auch ausländische

Rechtsextremisten teilnahmen. Vereinzelt wurden Verbindungen von Angehörigen der *WJ* zu neonazistischen Kreisen festgestellt.

Die Aktivitäten der hessischen *WJ* beschränkten sich zumeist auf die Gebiete um Wölfersheim und Herborn, wo auch im August ein Wochenendlager stattfand. Zum Jahreswechsel wurde in Simmershausen, Landkreis Fulda, nahe der Demarkationslinie zur *DDR*, erneut ein *Mahnfeuer* abgebrannt. An der Veranstaltung nahmen etwa 90 Anhänger teil. Trotz einer Protestveranstaltung am gleichen Tag im benachbarten Hilders kam es nicht zu Zwischenfällen.

Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

Der *Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)* trat in Hessen nicht besonders in Erscheinung. Er hat hier nur einige Mitglieder.

### Neonazistische Bestrebungen

Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)

Die 1971 in Bensheim von dem inzwischen mit Berufsverbot belegten Rechtsanwalt Manfred Roeder, seiner Ehefrau Gertraud und weiteren fünf Personen gegründete *DBI* erstrebt laut Satzung

«eine Erneuerung unserer Staats- und Sittenordnung und will den sittlichen Auflösungserscheinungen entgegentreten. Insbesondere soll die seuchenartige Ausbreitung von Rauschgift, Geschlechtskrankheiten und Gewalttätigkeit verhindert und die allgemeine Volksgesundheit gefördert werden. Der Verein betreibt Volksbildung und Erziehung zur Rettung der eigenständigen deutschen Kultur in Verantwortung vor Gott und Liebe zum eigenen Volk und Vaterland. . . . .

Alle Aufwendungen werden durch freiwillige Spenden getragen.»

Im Jahre 1975 erklärte Roeder gegenüber dem Amtsgericht Bensheim, daß sich seit der Gründung des Vereins an der Mitgliederzahl nichts geändert habe. Der Verein habe immer noch sieben Mitglieder.

Die ohne feste organisatorische Struktur agierende *DBI*, die anfänglich mit einigen spektakulären Aktionen gegen tatsächliche oder vermeintliche Pornografie zu Felde zog, sich dann aber ganz eindeutig zu einer neonazistischen Gruppierung entwickelte, besteht in der Praxis aus Manfred Roeder und Anhängern, die seine «Arbeit» und den Lebensunterhalt seiner großen Familie finanziell unterstützen. Die heutige *DBI*, die sich auch *Freiheitsbewegung Deutsches Reich* und *Europäische Freiheitsbewegung* nennt – Roeder sieht sich in der Rolle eines Reichsverweisers in der Nachfolge der Regierung des *Großdeutschen Reiches* –, hat mit der gegen die Pornografie ausgezogenen *DBI* neben dem Namen kaum noch etwas gemeinsam. Roeder fordert im Namen der jetzigen *DBI* «die bedingungslose Kapitulation der heutigen Demokratie», die «Ausrottung der Parteiendiktatur» und die «Befreiung der Völker vom jüdischen Joch».

Gegen Roeder, der 1978 untergetaucht war, um sich der Verbüßung einer kurzfristigen Freiheitsstrafe zu entziehen, dann im Herbst 1980 im Zuge der Ermittlungen gegen die *Deutschen Aktionsgruppen* festgenommen wurde und sich seitdem in Haft befindet, hat der Generalbundesanwalt im Juli Anklage wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung *Deutsche Aktionsgruppen* erhoben. Deren Anschläge hatten den Tod zweier Menschen verursacht. Außerdem waren mehrere Menschen verletzt und nicht unerheblicher Sachschaden angerichtet worden. Seit Anfang des Jahres 1982 wird vor dem Oberlandesgericht Stuttgart gegen Roeder und drei Mitangeklagte verhandelt.

Roeder hält die Verbindung zu seinen Anhängern durch monatliche *Briefe* auf-



recht, die er auch noch in der Haft verfaßt und die von seiner Frau und Freunden der *DBI* vertrieben werden. Darin greift er weiter die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland an und schreibt beispielsweise:

«Dieses System kann überhaupt nicht funktionieren, weil es die besten und edelsten Tugenden des Menschen: Verantwortungsfreude, Opferbereitschaft, Hilfsbereitschaft gar nicht haben will, sondern unterdrückt und verkümmern läßt.»

Außerdem finden in unregelmäßigen Abständen – vor der Inhaftierung Roeders regelmäßig – *Freundestreffen* auf dem *Reichshof*, dem Wohnsitz der Familie Roeder in Schwarzenborn (Knüll) statt. Diese Treffen haben weiter an Bedeutung verloren.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Die 1979 gegründete *HNG* mit Sitz in Frankfurt am Main wird weiterhin von Henry Beier, Frankfurt am Main, geleitet, der auch für die monatlich erscheinende Schrift *Informationen der HNG* verantwortlich ist.

Die Organisation, die über Hessen hinaus Bedeutung erlangt hat, ist zur Zeit die einzig nennenswerte neonazistische Vereinigung mit fester Mitgliederstruktur. Ihr Ziel ist die moralische und finanzielle Unterstützung inhaftierter Gesinnungsgenossen und ihrer Angehörigen. So ist u. a. eine monatliche Zuwendung von 30 DM für jeden in Haft befindlichen Rechtsextremisten vorgesehen, die jedoch nicht immer gezahlt werden konnte.

Die Veranstaltungen der *HNG*, an der jeweils etwa 30–60 Personen teilnahmen, dienten auch der Verbindungsaufnahme zwischen Neonazis verschiedenster Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet. Außerdem wurden Kontakte zu ausländischen Gesinnungsfreunden ge-

sucht und hergestellt. Die Aktivitäten der *HNG* waren im Berichtsjahr jedoch eingeschränkt, da sowohl Beier wie auch der *HNG*-Funktionär Wolfgang Koch, Frankfurt am Main, seit Anfang des Jahres wegen gemeinschaftlicher Herstellung und Verbreitung neonazistischer Druckschriften eine längere Freiheitsstrafe verbüßen.

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA)

Die *VSBd/PdA* wurde 1971 in Krefeld unter dem Namen *Partei der Arbeit* von dem Rechtsextremisten Friedhelm Busse, dem seitherigen 1. Vorsitzenden, gegründet. Sie gab sich 1975 in München ihren neuen Namen.

Die Vereinigung wurde durch Verfügung des Bundesministers des Innern vom 14. Januar 1982 wegen ihres offenen Bekenntnisses zum Nationalsozialismus nach Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.

Publikationsorgane der *VSBd/PdA* waren auf Bundesebene die Zeitschrift *Dritte Republik* und die *Volkssozialistischen Schulungsbriefe*. Der 1980 gegründete Landesverband Hessen, der von dem 21-jährigen Dieter Sporleder aus Gießen geführt wurde, gab die Zeitschrift *Der Weg* heraus.

Die *VSBd/PdA*, die vor ihrem Verbot bundesweit etwa 120 Mitglieder hatte, propagierte nationalsozialistisches Ideengut und feierte historische Ereignisse der früheren *NSDAP*, der sie sich auch im öffentlichen Auftreten angeschlossen. So waren ihre Embleme, zum Beispiel die Fahne mit dem schwarzen Keltenkreuz in weißem Kreis, denen der *NSDAP* nachempfunden. Sie bekannte sich zu Adolf Hitler als «einem Politiker auf einsamer Höhe, wie ihn die Weltgeschichte nur alle tausend Jahre bekommt».

Anhänger der *VSBd/PdA* machten in Hessen besonders durch ihr Auftreten bei

der Trauerfeier und einer späteren Gedenkveranstaltung für das ehemalige VSBd/PdA-Mitglied Frank Schubert auf einem Friedhof in Frankfurt am Main auf sich aufmerksam. Schubert hatte am 24. Dezember 1980 zwei Schweizer Grenzbeamte und dann sich selbst erschossen. Bei den Feiern zeigten sie Fahnen der VSBd/PdA und versprachen in Reden Rache. Wie üblich wurde dabei zum Kampf gegen Staat und Gesellschaft aufgerufen.

Die mit Haftbefehl gesuchten und nach Frankreich ausgewichenen Neonazis Klaus Uhl und Kurt Wolfgram, beide VSBd/PdA, wurden mit anderen Gesinnungsfreunden im Oktober 1981 in München ermittelt. Von dort aus brachen sie nach Verbindungsaufnahme mit Friedhelm Busse schwerbewaffnet zu einem Banküberfall auf. Die Waffen waren in Frankreich beschafft worden. Im Verlauf der folgenden Festnahmeaktion erlitten Uhl und Wolfgram tödliche Verletzungen. In einem vom Landesverband Hessen zu den Vorfällen in der Schweiz und in München herausgegebenen *Extrablatt* heißt es unter der Überschrift: «Kameraden vom System erschossen»: «Es gibt nunmehr keinerlei Entschuldigungsgründe für den offensichtlichen, vorsätzlichen Mord an unseren Kameraden» und schließlich «Wir appellieren an die Vernunft – Treibt es nicht zu weit!!!».

#### Buchladen «Verlag Volk und Kosmos»

Der Regierungspräsident in Darmstadt untersagte mit Verfügung vom 25. Juni den Betreibern des *Verlags Volk und Kosmos* nach den Vorschriften der Gewerbeordnung die Ausübung jeder selbständigen gewerblichen Tätigkeit wegen Unzuverlässigkeit. Die Untersagungsverfügung wurde zwar angefochten, der Buchladen jedoch im November geschlossen, nachdem der Hauseigentümer die Räumung erwirkt hatte. Ein regelmäßiger Geschäfts-

verkehr hatte in den letzten Monaten nicht mehr stattgefunden. Gegen den Buchladen war zuvor mehrfach demonstriert und ein Brandanschlag versucht worden.

#### Auslandsbeziehungen deutscher Rechtsextremisten

Die zahlreichen und vielfältigen Verbindungen zwischen deutschen Rechtsextremisten und ausländischen Gesinnungsfreunden, insbesondere in Westeuropa, Nordamerika und im Nahen Osten bestanden 1981 fort. Aus diesen Ländern wurde Propagandamaterial übersandt, es wurden Waffen beschafft sowie finanzielle Hilfe und Unterschlupf gewährt. Man erörtere darüber hinaus auch die Möglichkeiten gemeinsamer terroristischer Aktionen und den Aufbau konspirativer Zellen. Dabei arbeiteten die deutschen Rechtsextremisten mit militanten Organisationen wie den *Faisceaux Nationalistes Européens (F.N.E.)* in Frankreich, dem *Vlaamse Militanten Orde (VMO)* und *Occident* aus Belgien, dem *British Movement (BM)*, der *Column 88* und der *League of St. George* aus Großbritannien sowie Einzelpersonen aus der Schweiz, Österreich und Frankreich zusammen. Deutsche Neonazis, die mit Haftbefehl gesucht wurden, fanden bei Gesinnungsfreunden in Frankreich, Belgien und den Niederlanden Unterschlupf, u. a. auch die in München ums Leben gekommenen Uhl und Wolfgram.

Die Einfuhr von rechtsextremen Propagandamaterial aus den USA und Kanada wurde am 24. März durch eine bundesweite Durchsuchungsaktion merklich gestört. Betroffen waren mehr als 400 Bezieher von Erzeugnissen aus dem Verlag *Samisdat Publishers Ltd.* des Deutsch-Kanadiers Ernst Christoph Zündel und der *White Power Publications*, herausgegeben von dem Deutsch-Amerikaner Georg Dietz. In die Maßnahmen waren auch Personen einbezogen, die die Verbreitung der rechtsextremen Literatur durch Spen-

den unterstützt hatten. In Hessen fanden in diesem Zusammenhang 48 Hausdurchsuchungen statt.

Der Amerikaner Gary Rex Lauck vertrieb weiterhin den *NS-Kampfruf*, der u. a. folgende Schlagzeilen zeigte: «Wir fordern Gerechtigkeit für Adolf Hitler!» und «Das System muß weg». Auch die bekannten Klebezettel der *NSDAP-AO* mit den *NS*-Emblemen wurden von ihm versandt.

Mehrere Mitglieder der 1980 verbotenen *Wehrsportgruppe Hoffmann*, darunter ein in Hanau wohnhafter 25jähriger, kehrten im Sommer in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Sie hatten sich mehrere Monate mit Hoffmann im Libanon in einem Lager der *Fatah* in der Nähe von Beirut aufgehalten. Dort wurden sie paramilitärisch ausgebildet und zu Hilfsdiensten herangezogen. Von den freiwillig dorthin Gegangenen wurden schließlich einige gegen ihren Willen im Lager festgehalten. Ein Mitglied der Gruppe ist seither im Libanon verschollen. Ein weiteres Mitglied steht im Verdacht, den Mord an dem Verleger Lewin und seiner Lebensgefährtin Poeschke am 19. Dezember 1980 in Erlangen begangen zu haben. Auch Karl Heinz Hoffmann und seine Lebensgefährtin wurden in Untersuchungshaft genommen, nachdem sich der Verdacht ihrer Beteiligung an dem Doppelmord erhärtet hatte.

### **Neonazistische Ausschreitungen**

Im Berichtszeitraum wurden 215 (1980: 210) antisemitische und neonazistische Schmier- und Störaktionen in Hessen erfaßt. Schwerpunkte waren Frankfurt am Main und Umgebung (74), Wiesbaden (25) und Kassel (21). Meistens wurden Flugblätter mit neonazistischem Inhalt geklebt und neonazistische Parolen, auch solche gegen Ausländer, geschmiert. In Abwandlung antisemitischer Parolen war zu lesen: «Kanaken raus» und «Kauft nicht bei Türken».

Die Bereitschaft zu Gewalttaten hat weiter zugenommen. So sprühte der Rechtsextremist Waldemar P. Anfang des Jahres in Kassel die Parolen: «Türken raus, nehmt Eure deutschen Huren gleich mit, sonst bomben wir Euch raus» und «Türkische Schweine ins KZ». Dann legte er am 7. und 13. Februar zusammen mit drei weiteren Personen Bomben unter Krafffahrzeuge türkischer Arbeiter. Bei anschließenden Hausdurchsuchungen wurden mehrere Handfeuerwaffen sowie umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial sichergestellt.

Am 16. März wurde in einem Wohnheim in Bad Homburg v. d. Höhe, in dem 35 türkische Gastarbeiter wohnten, ein Brand gelegt. Drei Personen mußten mit Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Das Haus brannte nieder. Beim Leiter des Ausländerwohnheimes ging am gleichen Tag ein anonymes Brief mit folgendem Inhalt ein: «Sie haben die Kanaken aufgenommen, irgendwann drehen wir Ihnen den Hals um und brennen Ihnen das Dach ab.»

Die Anzahl der Bombendrohungen, u. a. gegen verschiedene jüdische Einrichtungen in Frankfurt am Main, nahm zu. In anonymen Drohschreiben bislang unbekannter Gruppen (*Deutsche-Ferne-Aktion*, *Widerstandsbewegung Deutsche Volksfront Jagdkommando Mitte*, *Kampfgruppe Wolfgram*) wurden nach dem Tod von Uhl und Wolfgram am 20. Oktober in München mehrere Personen des öffentlichen Lebens mit Mord bedroht.

Jüdische Friedhöfe und Kultstätten waren das Ziel von Verwüstungen und neonazistischen Schmierereien. Allein im jüdischen Teil des Neuen Friedhofs in Gießen wurden am 12. Oktober über 100 Grabsteine mit Hakenkreuzen, *SS*-Runen und am Galgen hängenden Davidsternen beschmiert. Außerdem brachen die Täter in die Gießener Synagoge ein, wo sie die Wände mit Parolen wie «Juden raus» verunstalteten. Es entstand ein Sach-

schaden von etwa 200 000 DM. Die Täter wurden ermittelt.

## **Strafurteile gegen Rechtsextremisten**

1981 kam es zu einer Reihe von Verurteilungen hessischer Rechtsextremisten. So wurden u. a. vom Landgericht Frankfurt am Main bzw. vom dortigen Amtsgericht verurteilt

- im Februar der 20jährige stellvertretende Landesvorsitzende der *VSBd/PdA* Walther Kexel in einer Berufungsverhandlung zu einer Jugendstrafe von 7 Monaten und 2 Wochen mit Bewährung wegen fortgesetzter Beleidigung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Juden. Er hatte in Flugblättern der *VSBd/PdA* die Ermordung von Juden in Konzentrationslagern als Lüge bezeichnet;
- Im März derselbe Angeklagte mit fünf Mitangeklagten, die ebenfalls der *VSBd/PdA* angehörten, wegen gemeinschaftlich begangenen schweren Landfriedensbruchs zu Jugendstrafen bis zu 2 Jahren. Sämtliche Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Angeklagten waren am 12. Januar 1980 vor der Katharinenkirche in Frankfurt am Main mit Schlagstöcken und Gaspistolen gegen Passanten und politisch Andersdenkende vorgegangen, die gegen einen dort aufgestellten Informationsstand der *VSBd/PdA* demonstrierten;
- wegen des gleichen Vorfalles im November ein 39 Jähriger und ein 20 Jähriger zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten bzw. zu einer Geldstrafe von 700 DM und ein 24 Jähriger, der sich vorübergehend mit Mitgliedern der verbotenen *WSG-Hoffmann* im Libanon aufgehalten hatte, zu einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten und einer Geldbuße von 2 000 DM. Die Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt;

- im März der seit Jahren durch rechts-extreme Aktivitäten bekannte 65jährige Erwin Schönborn in einer Berufungsverhandlung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten. Gegenstand des Verfahrens waren von Schönborn herausgegebene Flugblätter, in denen er bestritten hatte, daß während der *NS*-Zeit Juden in Konzentrationslagern durch Gas umgebracht worden sind;
- im Juli ein 61 Jähriger wegen Vorrätighaltens nationalsozialistischer Propagandamittel in Tateinheit mit Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr; zwei seiner Söhne gleichzeitig wegen Verwendens nationalsozialistischer Kennzeichen bzw. wegen der Beihilfe zur Verbreitung nationalsozialistischer Propagandamittel zu Freiheitsstrafen von 1 Jahr bzw. 8 Monaten. Die Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Söhne hatten u. a. 1976 und 1977 in Frankfurt am Main Hakenkreuzfahnen am Dom und an dem Schornstein eines Heizwerkes angebracht.

## **Beurteilung**

Der Rechtsextremismus einschließlich der neonazistischen Aktivitäten stellte wie in den Vorjahren keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Weder die allgemeinen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik noch die wirtschaftliche Lage oder die durch die Ausländerfrage entstandenen Probleme wirkten sich nachhaltig aus. Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Rechtsextremismus weiter ab.

Der Rechtsextremismus neonazistischer Kleingruppen, die bei ihnen gefundenen Waffen und Sprengstoffe zeigen in Verbindung mit dem Haß auf die demokratische Staatsform und der ausländerfeindlichen Einstellung punktuelle Gefährdungen der inneren Sicherheit.

Hinweise der Sicherheitsbehörden auf Neonazis und ihre Aktivitäten und Verbindungen führten zwar zu entsprechenden staatlichen Maßnahmen wie der Einleitung von Ermittlungsverfahren, Verurtei-

lungen und Vereinsverboten. Dennoch muß auch in Zukunft mit weiteren Gewalttaten gerechnet werden, da fanatische Rechtsextremisten in Kleinstgruppen operieren und äußerst konspirativ vorgehen.

## Linksextreme Bestrebungen

### Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* und ihre Nebenorganisationen *Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)*, *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)* und *Junge Pioniere (JP)* haben sich trotz stagnierender Mitgliederzahlen als bedeutendste linksextreme Gruppierungen behauptet. Die *DKP* sah ihre Hauptaufgabe darin, die Aktionseinheit der sprunghaft angewachsenen, vielschichtigen *Friedensbewegung* im Kampf gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO herzustellen. Kristallisationspunkt dieser Bewegung war der *Krefelder Appell*, für den mehr als 2 Millionen Unterschriften gesammelt wurden. Die Beteiligung von Organisationen der *Neuen Linken* sowie von autonomen und anarchistischen Gruppen am *Friedenskampf* führte zeitweise zum Zerfließen der gewohnten Abgrenzungen. International eingebettet war der *Friedenskampf* der *DKP* in die Kampagne der Sowjetunion gegen die NATO-Nachrüstung und in die Koordinierungsaktivitäten des kommunistisch gesteuerten *Weltfriedensrates (WFR)*.

Den Kampf gegen die Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens deklarierte die *DKP* ebenfalls als Teil ihrer Friedenskampagne, indem sie behauptete, der Startbahnbau habe militärische Hintergründe. Mit massivem Einsatz von Leitungsfunktionären und Mitgliedern im Bereich der Planung und auf dem Baugelände versuchte die *DKP*, Einfluß auf die Bürgerinitiativen und ihre Aktionen zu nehmen.

Bei den Kommunalwahlen am 22. März mußte die *DKP* im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1977 insgesamt erhebliche Stimmenverluste hinnehmen.

Das Erscheinungsbild der Organisationen der *dogmatischen Neuen Linken (K-Gruppen)* war von den anhaltenden innerparteilichen Krisen geprägt. Mißerfolge in der

Aktion, Zerfall von Organisationsstrukturen, erhebliche Mitgliederverluste und weitere Gruppenauflösungen kennzeichneten den desolaten Zustand. Die wachsende Bedeutung der neuen *Protestbewegung* im Bereich der *undogmatischen Neuen Linken* und die Neuformierung der sogenannten *Grünen Bewegung* veranlaßten die leitenden Gremien der *K-Gruppen*, ihre Positionen kritisch zu überprüfen und bedeutende Änderungen ihrer strategischen und taktischen Konzepte vorzunehmen. Sie leiteten eine Politik der breiten Aktionseinheit ein, bauten Vorbehalte gegenüber den Organisationen der *Alten Linken* ab und versuchten, Einfluß auf die Aktionen der neuen *Protestbewegung* zu gewinnen.

Der in sich zerstrittene und durch Auflösungstendenzen gekennzeichnete *Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW)* strebte die Öffnung nach außen an und unterstützte Bestrebungen, die für einen Zusammenschluß der kommunistischen Kräfte eintraten. Die Abspaltergruppe des *KBW*, der *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)*, konnte auch 1981 in Hessen keine Organisationseinheiten gründen. Die *Kommunistische Partei*

*Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD, früher KDP/ML)* intensivierte ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten und hoffte, mit Hilfe der neu gegründeten eigenständigen Studenten- und Jugendverbände ihre Mitgliederzahl zu erhöhen. Die Auflösungstendenz des *Kommunistischen Bundes (KB)* setzte sich weiterhin fort. Politisch stabilisieren konnte sich der *Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD)*. Die übrigen, meist kleineren kommunistischen Gruppen sowie die wenigen mitgliederschwachen trotzkistischen Organisationen setzten ihr sektiererisches Eigenleben fort; ihre Aktivitäten fanden bei der Bevölkerung keine Resonanz. Im Bereich der *undogmatischen Neuen Linken* nahmen die häufig spontan entstandenen und meist unfriedlich verlaufenen Protestaktio-

nen gegen leerstehende Häuser, Atomkraftwerke, den Ausbau von Flughäfen, öffentliche Rekrutengelöbnisse und den NATO-Doppelbeschluß eine dominierende Stellung ein. Sie ließen erkennen, daß in einer beachtlichen Zahl von Fällen die Aktionen von jungen Menschen getragen wurden, die mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen unzufrieden waren und nicht selten aus dem Randbereich der *undogmatischen Neuen Linken* oder aus sogenannten *Autonomen Gruppen* mit anarchistischer Zielsetzung kamen. Sie suchten offensichtlich Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben oder wollten verlorene Handlungsfähigkeiten zurückerobern. Mitläufer, die an Sachbeschädigungen oder Auseinandersetzungen mit der Polizei Befriedigung fanden, aber auch Kriminelle, die Gelegenheit für Diebstahl und Plünderungen nutzend, reicherten die *Szene* an. Zunehmend wurden die roten Fahnen und Embleme der *K-Gruppen* von den Symbolen der Anarchisten abgelöst. An die Stelle der ehemaligen klassenkämpferischen Parolen traten Losungen wie

- «Ballen wir die Faust nicht länger in der Hosentasche, sondern schlagen wir sie dem System ins Gesicht!»
- «Keine Macht für niemand!»
- «Genug ist nicht genug – Wir wollen Alles jetzt!»
- «Legal, illegal, scheißegal!»
- «Staat – Verpiß dich!»

Die Einschätzung der zahlenmäßigen Stärke dieser neuen Bewegung erweist sich als schwierig, da an den Angriffen auf Sicherheitsorgane, den Schmier- und Zerstörungsaktionen der «Häuserkämpfer» und *Autonomen* immer wieder unpolitische, lediglich krawallbereite Jugendliche beteiligt waren.

*Schwarze Blöcke* und andere *autonome Gruppen* mit anarchistischer Zielsetzung waren weiterhin an Hausbesetzungen und anderen Aktionen, die häufig auch gewalttätig verliefen, beteiligt. Seit dem Herbst

handelten die *Schwarzen Blöcke* nicht mehr als solche; ihre Mitglieder wirkten in *autonomen Gruppen* weiter.

Im Gegensatz zu den Jahren 1978 bis 1980, in denen es zu keinen spektakulären Gewalttaten der *Rote Armee Fraktion (RAF)* gekommen war, verübten Mitglieder dieser Terrororganisation im Jahre 1981 zwei schwere Anschläge. Nach dem Sprengstoffanschlag auf das Hauptquartier der *US-Air-Force Europa (USAFE)* in Ramstein am 31. August versuchte ein sogenanntes *Kommando der RAF* am 15. September in Heidelberg, den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa zu ermorden. Die beiden Aktionen müssen als Teil der von der *RAF* angekündigten «Offensive» gewertet werden. Vermutlich wegen des Fahndungsdruckes, mehrerer Festnahmen und der Erfolglosigkeit der Aktionen selbst, ist es zu keinen weiteren Anschlägen gekommen. Dennoch kann die geplante «Offensive» der *RAF* noch nicht als beendet angesehen werden, so daß die Bedrohung durch diese Terrorgruppe anhält.

Die *Unterstützergruppen der RAF* setzten ihre Arbeit weiter fort. Insbesondere bemühten sie sich erneut, eine durchgreifende Verbreiterung der personellen Basis zu erreichen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Die Aktionen der *Revolutionären Zellen (RZ)* haben an Gefährlichkeit zugenommen. Während sie bei früheren Anschlägen die Gefährdung von Menschenleben zwar in Kauf nahmen, aber nicht anstrebten, zeigte der gewaltsame Tod des hessischen Wirtschaftsministers Heinz Herbert Karry am 11. Mai, für den eine *Revolutionäre Zelle* die Verantwortung übernahm, daß auch unmittelbare Attentate auf Menschen durch die *RZ* nicht mehr ausgeschlossen werden können. Eine Reihe von Sprengstoff- und Brandanschlägen vor allem gegen Baufirmen in Zusammenhang mit dem Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen machte die unverminderte Aktivität der *Revolutionären Zellen* im Rhein-Main-Gebiet deutlich.

## Orthodoxer Kommunismus

### Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* repräsentiert den sowjetisch orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat auf Bundesebene etwa 40 000 Mitglieder (nach eigenen, als überhöht zu sehenden Angaben 48 856). Erster Vorsitzender der *DKP* ist Herbert Mies. Das *DKP*-Zentralorgan *Unsere Zeit (UZ)* erscheint als Tageszeitung in einer Auflage von etwa 30 000 Exemplaren und an Freitagen mit einer Wochenendbeilage in einer Auflage von knapp 60 000 Exemplaren. Als inoffizielles theoretisches Organ ist die Zweimonatsschrift *Marxistische Blätter* anzusehen. Der Parteivorstand gab weiterhin die Zeitschrift *praxis – Erfahrungen aus dem Leben der Arbeit der Partei*, die *DKP-Landrevue*, den *DKP-Pressedienst* und einen *infodienst – Informationsdienst für DKP-Betriebs-Wohngebiets- und Hochschulzeitungen* – heraus. Die *DKP*-Bezirksorganisation Hessen verfügt über etwa 5 000 Mitglieder. Sie sind in 20 Kreisorganisationen, 141 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, 29 Betriebsgruppen und sechs Hochschulgruppen mit etwa 20 Grundorganisationen zusammengefaßt. Orts- und Stadtteilgruppen der *DKP* gaben 87 Zeitungen heraus. Außerdem erschienen 42 Betriebszeitungen und fünf Hochschulzeitungen in meist unregelmäßiger Folge.

Die *DKP* hält unverändert an ihren marxistisch-leninistischen Grundpositionen und verfassungsfeindlichen Zielen fest. Auf dem *sechsten Parteitag der DKP* vom 29. bis 31. Mai 1981 in Hannover bekräftigte der Parteivorsitzende Herbert Mies erneut die «Prinzipienfestigkeit» der *DKP* in allen politisch-ideologischen Grundsatzfragen. Er bezeichnete die Treue der *DKP* zum «proletarischen Internationalismus» als unverrückbar und beteuerte ihre brüderliche Verbundenheit mit der «Welt des realen Sozialismus». Die *DKP* lasse sich

weder durch den *Eurokommunismus* noch durch «antisowjetische Hetzkampagnen» wegen der Entwicklung in Afghanistan und Polen verunsichern. Sie werde auch in Zukunft über die weltanschauliche Festigkeit der Partei wachen und das Eindringen jeder «antisowjetischen und anti-internationalistischen Ideologie» in die Reihen ihrer Mitglieder verhindern. Durch einen Parteitagsbeschluß wurden alle Mitglieder verpflichtet, «aktuell und überzeugend die Wahrheit über den realen Sozialismus zu verbreiten».

Georg Polikeit, Mitglied des *DKP*-Präsidiums und *UZ*-Chefredakteur, interpretierte in einer Artikelserie des *DKP*-Zentralorgans die Begriffe «proletarischer Internationalismus», «friedliche Koexistenz» und «Nichteinmischung» für den Sprachgebrauch der *DKP*-Mitglieder. Danach basiert die «friedliche Koexistenz» auf Lenins Überlegungen, daß in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein friedliches Nebeneinanderbestehen von sozialistischen und kapitalistischen Staaten notwendig und möglich sei. Inhalt des Kampfes um friedliche Koexistenz sei deshalb, den Imperialismus zum Verzicht auf die Anwendung und Androhung militärischer Gewalt zu zwingen. «Proletarischer Internationalismus» verkörpere dagegen die Verpflichtung der kommunistischen Parteien zur Unterstützung der sozialistischen Länder sowie die materielle, finanzielle oder militärische Hilfe für revolutionäre Befreiungskämpfe in anderen Ländern. Da der Imperialismus daran gehindert werden müsse, revolutionäre Entwicklungen zu unterdrücken oder durch Konterrevolutionen wieder rückgängig zu machen, sei der *Friedenskampf* auch zum wichtigsten konkreten politischen Inhalt des «proletarischen Internationalismus» geworden (*UZ* vom 27., 28. und 29. Oktober 1981). Noch deutlicher wird in einer 1981 im Moskauer *Progreß-Verlag* in deutscher Sprache erschienenen Schulungsschrift *Sowjetische Philosophie des Friedens – Friedenspro-*



*gramm in Aktion* das Prinzip der «friedlichen Koexistenz» definiert als «ein Anerkennen der Unumkehrbarkeit der Errungenschaften des Sozialismus». Wörtlich heißt es auf Seite 180/181: «Das Prinzip ist denkbar einfach: Je fester das Kampfbündnis der Länder des Sozialismus ist, je sicherer sich die Kräfte des Friedens und des Fortschritts in der ganzen Welt fühlen, desto wirksamer ist die Abfuhr, die von den freiheitsliebenden Völkern allerorts der aggressiven Politik der Imperialisten erteilt wird. Ausgehend von diesem Prinzip, richtet die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihre außerpolitische Tätigkeit so aus, daß die Welt des Sozialismus heute stärker ist als gestern und morgen stärker wird als heute.»

Zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen erklärte die *DKP* deshalb, unverantwortliche Elemente hätten dieses Land mit der Absicht in die wirtschaftliche Katastrophe getrieben, die Grundlagen der sozialistischen Ordnung zu untergraben und letztlich den Sozialismus zu beseitigen. Der polnische Militärrat wolle mit seinen Maßnahmen die verfassungsmäßige Ordnung in Polen schützen und unabsehbare Folgen für den Frieden und die Sicherheit in Europa abwenden. Die *DKP* unterstütze deshalb alles, was der Konsolidierung des Sozialismus in Polen dienlich sei.

In einer sozialistischen Bundesrepublik Deutschland sieht die *DKP* ihre grundlegende gesellschaftliche Alternative zum bestehenden kapitalistischen System, das sich als unfähig erwiesen und seine Daseinsberechtigung verloren habe (*Bericht des DKP-Parteivorstandes an den 6. Parteitag*, Seite 42/43). Die *DKP* ist sich jedoch ihrer relativ geringen Mitgliederzahl und ihres niedrigen Wählerpotentials bewußt. Sie strebt deshalb die Erreichung ihrer Ziele in Etappen und im Bündnis mit nichtkommunistischen Kräften an.

Die zunehmende Bereitschaft insbesondere unorganisierter junger Menschen, sich an Hausbesetzungen, Demonstrationen und sonstigen Aktionen gegen Woh-

nungsnot, Umweltzerstörung und Aufrüstung zu beteiligen, veranlaßte die *DKP* deshalb, sich um Einfluß auf diese neue *Protestbewegung* zu bemühen und ihre Bereitschaft zum Dialog und zu gemeinsamen Aktionen mit anderen «sozialistisch orientierten Kräften, Nichtetablierten, Protestlern, Aufbegehrenen, Alternativen und Grünen» herauszustellen. Die *DKP* war dadurch aber auch gezwungen, ihre eigene Einstellung zur Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung und über die von den umworbenen Bündnispartnern praktizierten Kampfformen darzulegen. Rudi Hechler, Pressesprecher und Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit des *DKP*-Parteivorstandes Hessen, erklärte in einem Interview: «Ich bin Kommunist, ich bin kein Pazifist. Wenn die Bolschewiki Gewaltfreiheit auf ihre Fahnen geschrieben hätten, dann hätte die Oktoberrevolution nicht gesiegt. . . . Ich meine, das Entscheidende, und das betrifft auch die Frage der Kampfformen, muß einfach die Frage sein, hilft es der Bewegung weiter oder schadet es der Bewegung. Das ist für mich das Kriterium» (*rote blätter* Nr. 1/82).

Auf einer Tagung des *DKP*-Parteivorstandes am 14. März erklärte der *DKP*-Vorsitzende Herbert Mies: «Wir halten es für völlig Rechtens, wenn zumeist junge Menschen leerstehende Häuser besetzen und oft zugleich instandsetzen, auf den Wohnungsnotstand aufmerksam machen, dagegen protestieren, daß Wohnraum vernichtet wird. . . . Wenn den Instandbesetzern ‚gesetzwidriges Verhalten‘ vorgeworfen wird, so ist das eine plumpe Verleumdung. Gesetzwidrig handeln nicht sie, sondern jene, die Häuser leerstehen und verkommen lassen» (*UZ-Beilage* vom 19. März 1981). In der gleichen Beilage heißt es dann weiter, daß sich gerade in den Bewegungen und Initiativen für die Instandbesetzungen bei jungen Menschen politisches Bewußtsein über Klassengesellschaft und kapitalistische Besitzverhältnisse entwickle. Leerstehende Woh-

nungen würden von Jugendlichen angesichts der verbreiteten Wohnungsnot als Provokation empfunden, und das Eingreifen der Staatsgewalt zeige ihnen die Ignoranz der Herrschenden in aller Brutalität. Deshalb erkläre sich die *DKP* solidarisch mit dem Kampf gegen die Vernichtung von Wohnraum und verknüpfe die Instandbesetzungen mit den Bewegungen gegen Wohnungsnot und Mietwucher. Aber diese Aufgabe erfülle die *DKP* nicht als Ratgeber von außen, sondern als Akteur. Auch in einem in der *SDAJ*-Zeitung *elan* veröffentlichten Gespräch mit Hausbesetzern bestätigte Mies die aktive Mitwirkung der *DKP* bei Hausbesetzungen: «Wir sind dabei, wenn es im Kampf um Wohnraum und Freizeitmöglichkeiten zu Hausbesetzungen kommt. Es gibt da zwischen uns keine Meinungsverschiedenheiten in der Anerkennung des Rechtes zu dieser Art von Notwehr» (*elan*-Ausgabe Mai 1981). Zahlreiche Vertreter der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen beteiligten sich am 28./29. März in Münster an einem bundesweiten *Hausbesetzerkongreß* und konnten bei der Veranstaltung maßgeblichen Einfluß ausüben. In Hessen nahmen *DKP*-Mitglieder an mehreren Hausbesetzungen teil.

Im Mittelpunkt der Agitation und Bündnispolitik der *DKP* stand die Kampagne gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO. Dabei bemühte sich die *DKP* mit zunehmendem Erfolg um ein Zusammenwirken von *Ökologiebewegung* und *Friedensbewegung*. Auf dem *6. DKP-Parteitag* erklärte der Parteivorsitzende Herbert Mies: «Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik von heute ist eine Bewegung neuer Dimensionen, eine Bewegung vielfältiger Kräfte, eine Bewegung mit einer unübersehbaren Ausstrahlungskraft. Das ist mit das Ergebnis des Wirkens all der Kräfte, die seit Jahr und Tag in Friedenskomitees und -organisationen engagiert sind, das ist mit ein Ergebnis des Wirkens von uns Kommunisten. . . . . rufen wir alle Genossinnen und Genossen, alle

Parteiorganisationen auf, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um den Kampf für Frieden und Abrüstung zu verstärken. Der Kampf gegen die amerikanischen Atomraketen muß noch mehr zum Dreh- und Angelpunkt des politischen Wirkens der Kommunisten werden» (*Bericht des Parteivorstandes an den 6. Parteitag*, Seite 9 und 28). In einem Parteitagsbeschluß wurden alle *DKP*-Mitglieder verpflichtet, «gemeinsame Aktivitäten von Umwelt- und Friedensinitiativen zu initiieren und aktiv zu unterstützen».

Aus *DKP*-Sicht erreichte die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung ihre vorläufigen Höhepunkte mit der Bonner *Friedensdemonstration* am 10. Oktober, dem zweiten *Krefelder Forum* am 21. November in Dortmund und den *Friedenswochen* vom 15. bis 21. November. Der *DKP*-Vorsitzende Herbert Mies wertete die Bonner *Friedensdemonstration* (10. Oktober) mit ihren mehr als 200 000 Teilnehmern als einen «Markstein in der Entwicklung der Friedensbewegung und des Friedenskampfes» in der Bundesrepublik Deutschland. Die *DKP* habe der «Demonstration und Kundgebung viel gegeben, politische und organisatorische Kraft, geduldiges und uneigennütziges Wirken für die Stärkung des Bündnisses». Die Abwendung der atomaren Bedrohung müsse zu einer Sache von noch breiteren Volksaktionen werden, deren Druck sich weder die Regierung noch die im Bundestag vertretenen Parteien auf Dauer entziehen könnten (*UZ* vom 15. Oktober 1981).

Das Präsidium der *DKP* wandte sich in einer Stellungnahme vom 24. November «Zum Verhältnis von Kommunisten und Pazifisten» gegen Versuche, die *Friedensbewegung* zu spalten. Darin wird behauptet: «Nach wie vor bleibt gültig, daß der Frieden endgültig erst mit der Überwindung des Imperialismus gesichert werden kann. Doch ist es möglich, durch die Entfaltung des Massenkampfes, gestützt auf die sozialistischen Länder und die anderen antiimperialistischen Kräfte, den

Imperialismus heute an der Auslösung eines Weltkrieges zu hindern. In diesem Kampf kommt dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Pazifisten ein großes Gewicht zu» (UZ vom 4. Dezember 1981). Es sei erklärte Absicht der *DKP*, die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Pazifisten weiter auszubauen und über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg mit den pazifistischen Mitstreitern in der *Friedensbewegung* für gemeinsame Ziele gemeinsam zu handeln.

In Hessen betätigte sich die *DKP* in den örtlichen *Friedensinitiativen*, sammelte Unterschriften für den *Krefelder Appell* und unterstützte die *Bürgerinitiative gegen den Bau der Startbahn West* in der Absicht, Einfluß auf die Anti-Startbahn-Bewegung zu gewinnen und eine enge Verbindung mit der *Friedensbewegung* herzustellen. Sie versuchte den Eindruck zu erwecken, die Startbahn solle strategischen Zwecken der NATO dienen. Die *DKP*-Bezirksvorsitzende Ellen Weber behauptete, der Rhein-Main-Flughafen sei als Umschlagplatz der Neutronenwaffen vorgesehen. Bereits durch einen Landeunfall könne Hessen völlig vernichtet werden. Unruhe sei daher erste Bürgerpflicht und Widerstand das Gebot der Stunde (UZ vom 21. August).

Seit Beginn der Bau- und Rodungsarbeiten am 6. Oktober beteiligte sich die *DKP* aktiv an den Aktionen der Startbahngegner. Die hessische *DKP*-Führung und die *DKP*-Stadtverordneten aus Mörfelden-Walldorf waren in den ersten Tagen ständig auf dem Baugelände anwesend, um dort mit den anderen Startbahngegnern den Widerstand zu organisieren. An der Großdemonstration am 14. November in Wiesbaden nahm eine Abordnung des *DKP*-Parteivorstandes unter Leitung des Parteivorsitzenden Herbert Mies teil. Der *DKP*-Kreisvorstand Groß-Gerau gab in hoher Auflage insgesamt 24 Ausgaben einer Flugschrift *blickpunkt-Extra* heraus. Darin berichtete die *DKP* über die Aktio-

nen gegen den Ausbau des Flughafens, trat für das Volksbegehren ein und war bemüht, sowohl durch Agitation als auch durch das Verbreiten von Gerüchten Regierung und Bevölkerung voneinander zu trennen. Die *DKP* veröffentlichte ferner ein reichillustriertes Buch *Oktoberberge*, in dem der Kampf der *DKP* gegen den Bau der Startbahn-West geschildert wird. Im *Verlag Marxistische Blätter* erschien außerdem ein Buch *Keine Startbahn West!*, in dem eine Autorengruppe des *Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)* der *DKP* über Ursachen und Hintergründe des Protestes berichtete.

In den Augen der *DKP* wurde bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Startbahn West der revolutionäre Aufstand nur geprobt. Die *DKP*-Bezirksvorsitzende Ellen Weber erklärte zu den Ereignissen: «Der gewaltige, aber gewaltfreie Widerstand provozierte die Regierungsvertreter, alle Gewaltmittel einzusetzen. Ihr wichtigstes Mittel war dabei der Polizeiapparat selbst. . . . Natürlich ist die Auseinandersetzung um die Startbahn West nicht mit einer revolutionären Umwälzung gleichzusetzen und übertriebene Parallelen sind nicht erlaubt. Fest steht aber, daß in der Startbahnauseinandersetzung in einer Keimform interessante Erscheinungen sichtbar wurden, die auf Dauer nützlich sind. . . . Was im Mönchbruchwald vor Ort und in der Region erfahren und erstritten wurde, darf nicht verloren gehen. Es muß der gesamten außerparlamentarischen Bewegung vermittelt und von dieser weiterentwickelt werden» (*Marxistische Blätter* Nr. 1/82). Mit einem umfangreichen Schulungsprogramm setzte die *DKP* die Bemühungen fort, ihren Mitgliedern die für den aktuellen Klassenkampf erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln und sie zu aktiver Massennarbeit zu befähigen. Zentrales Thema der Schulungsarbeit in den Parteigruppen war die «Geschichte der kommunistischen Bewegung vom antifaschistischen Widerstandskampf bis zur Konstituierung der

DKP». Das *DKP*-Präsidium erklärte dazu, das Thema enthalte wichtige Lehren für die Strategie und Taktik, die Bündnispolitik und den «demokratischen Klassenkampf». Auch solle das gewachsene Interesse für Fragestellungen der Geschichte stärker zur Entwicklung von Klassenbewußtsein genutzt werden (*praxis* Nr. 6/81). An der Betriebsarbeiterschule der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen in Frankfurt am Main wurden erneut *DKP*-Mitglieder in einem Jahreslehrgang für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet. Zahlreiche hessische *DKP*-Mitglieder nahmen an ein- und zweiwöchigen Lehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen teil. Funktionäre der *DKP* wurden auch weiterhin in Moskau und Ost-Berlin für Führungsaufgaben geschult.

Im Bereich der *Betriebsarbeit* konnte die *DKP* ihr Ziel, «tausende Betriebsarbeiter für die Partei zu gewinnen», nicht erreichen. Neuwerbungen in hessischen Großbetrieben gelangen nur in Einzelfällen, die Ausstrahlungskraft der Betriebsgruppen blieb gering.

Zur Kommunalwahl am 22. März hatte die *DKP* in allen fünf kreisfreien Städten, in 19 von 21 Landkreisen und im Umlandverband Frankfurt am Main sowie in 43 Gemeinden und 42 Ortsbezirken eigene Listen aufgestellt. Sie führte ihren Wahlkampf mit großem personellen, finanziellen und materiellen Aufwand. Erster Höhepunkt war die *Woche der DKP* vom 26. Januar bis 1. Februar mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Wahlkampfaktionen. Auf einer Pressekonferenz am 18. Februar in Mörfelden-Walldorf veröffentlichte der *DKP*-Parteivorstand den Entwurf eines kommunalpolitischen Programms der *DKP* und würdigte die langjährige Arbeit der *DKP*-Fraktion im dortigen Stadtparlament. Unterstützt wurde der Wahlkampf der *DKP* durch zahlreiche Wählerinitiativen.

Die *DKP* erzielte insgesamt jedoch nur 19.395 Stimmen (0,6 %) und mußte im

Vergleich zur Kommunalwahl 1977 (34 344 = 1,1%) einen erheblichen Wählerschwund hinnehmen, obgleich sie in neun Städten und Gemeinden 30 Mandate errang. Bisher verfügte sie über 24 Mandate in acht Städten und Gemeinden. Wie in den vergangenen Jahren war die *DKP* zur Finanzierung ihres kostspieligen Parteiapparates auch 1981 auf hohe Zuschüsse aus der *DDR* angewiesen.

## Nebenorganisationen der DKP

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB* hat nach eigenen Angaben über 6 000 Mitglieder und ist damit größter linksextremer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesvorsitzender ist Uwe Knickrehm, Bonn. Das *MSB*-Organ *rote blätter* erscheint monatlich in einer Auflage von knapp 30 000 Exemplaren. In Hessen bestehen Gruppen des *MSB* an zehn Hoch- und Fachhochschulen mit unverändert rund 1 300 Mitgliedern.

Der *MSB* bekannte sich auf seinem 7. *Bundeskongreß* am 3./4. Oktober in Bremen erneut zur führenden Rolle der *DKP*, mit der ihn das «gemeinsame sozialistische Ziel, die marxistische Weltanschauung und Analyse» verbinde. Der *MSB* strebt eine Zusammenarbeit aller Linkskräfte an den Hochschulen an und will den Kampf gegen den Abbau sozialer Leistungen mit der Friedensbewegung verbinden. Kern seiner Bündnispolitik ist die Aktionseinheit mit dem *Sozialistischen Hochschulbund (SHB)*.

Das Sekretariat des *MSB*-Bundesvorstandes gab in Vorbereitung auf den *Bundeskongreß* ein Arbeitspapier mit 13 Thesen heraus. Darin wird erklärt, die Auseinandersetzungen im Hochschulbereich als Hauptkampffeld des *MSB* müßten stärker

mit der außerparlamentarischen Bewegung verbunden werden. Der *MSB* helfe, den Widerstand zu organisieren. Bei der Diskussion um Kampfformen dürfe die Frage «Militant oder nicht militant?» nicht zum Maßstab aller Dinge werden. Es komme darauf an, welche Form des Kampfes die effektivste zum Erreichen des Zieles sei. Der *MSB* frage nicht «Darf man das?», sondern «Nützt es der Bewegung?». Aus Protest gegen Kürzungen bei BAföG-Leistungen besetzten Mitglieder des *MSB* am 15. April in Frankfurt am Main und am 13. Mai in Gießen die BAföG-Ämter der dortigen Universitäten. Anlässlich eines Strafprozesses gegen vier *MSB*-Mitglieder besetzten 300 Studenten vom 28. bis 30. April mehrere Räume der alten Universität in Marburg. Im Rahmen einer zentral gesteuerten Aktion drangen am 19. November Mitglieder des *MSB* in mehreren Universitätsstädten in örtliche CDU-Geschäftsstellen ein.

#### Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die *SDAJ* wurde 1968 in Essen gegründet. Sie hat etwa 15 000 Mitglieder, die in über 800 Gruppen organisiert sind. Bundesvorsitzender ist Werner Stürmann, Hamburg. Als Sprachrohr der *SDAJ* ist das monatlich erscheinende Jugendmagazin *elan* anzusehen, dessen Herausgeber und Chefredakteur dem geschäftsführenden *SDAJ*-Bundesvorstand angehören.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen hat unverändert rund 1 400 Mitglieder, die in Kreisverbänden, Orts- bzw. Stadtteil-, Betriebs- und Schülergruppen organisiert sind. Die Gruppen gaben 43 Zeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist Willi Herrmann, Frankfurt am Main.

Die *SDAJ* erwies sich durch ihre Aktivitäten und Verlautbarungen faktisch als die Jugendorganisation der *DKP*. Sie präsen-

tiert sich als «revolutionärer sozialistischer Jugendverband» und will die «Empörung der Jugend» gegen den staatlichen Machtapparat schüren.

Am 19./20. Juni veranstaltete die *SDAJ* in Dortmund ihr drittes *Festival der Jugend* mit 200 000 Besuchern. Die *SDAJ* Hessen hatte für die Fahrt nach Dortmund einen Sonderzug eingesetzt und Busreisen organisiert. Weitere Schwerpunkte der *SDAJ*-Arbeit waren Aktionen und Kampagnen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel sowie die Mitarbeit in zahlreichen örtlichen Friedensinitiativen. Bei den Aktionen in Hessen war eine zunehmende Neigung zur Militanz erkennbar. Mitglieder der *SDAJ* beteiligten sich verstärkt an Hausbesetzungen sowie an Aktionen gegen Aufrüstung und gegen den Bau der Startbahn West. Unter dem Motto «Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht» forderte die *SDAJ* zur Übernahme von «Patenschaften» für Bäume auf dem Gelände der Startbahn West auf und beteiligte sich an den Aktionen der Startbahngegner. Am 9. August demonstrierten Angehörige der *SDAJ* auf dem Gelände des 5. US-Corps in Frankfurt am Main gegen die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten zur Herstellung von Neutronenwaffen. 34 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen; ein Polizeibeamter und ein *SDAJ*-Funktionär erlitten Verletzungen. Am 12. August drang eine weitere Gruppe von 17 *DKP*/*SDAJ*-Demonstranten in das US-Camp Eschborn ein und blockierte anschließend die Zufahrt des Militärgeländes.

#### Junge Pioniere (JP)

Die sozialistische Kinderorganisation *Junge Pioniere* wurde 1974 in Bottrop gegründet und hat etwa 3 500 Mitglieder, die in über 400 Gruppen organisiert sind. Bundesvorsitzender ist Achim Krooss, Dortmund. Die Bundesleitung gibt monatlich die Kinderzeitung *Willibald* heraus.

Vorsitzender des 1976 gegründeten Landesverbandes Hessen ist Christoph Speier, Frankfurt am Main. In Hessen bestehen 34 aktive *Pioniergruppen* mit etwa 300 Mitgliedern.

Mit Unterstützung der *DKP* und *SDAJ* bemühten sich die *Jungen Pioniere*, durch ein vielfältiges Freizeitprogramm Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren für die Gruppenarbeit zu gewinnen und im Sinne der *DKP* zu beeinflussen. Mitglieder der *Jungen Pioniere* sammelten Unterschriften für den *Krefelder Appell* und beteiligten sich an Aktivitäten der *Friedenskräfte*. Der Bundesvorsitzende Achim Krooss sprach sich für die Teilnahme von Kindern an Demonstrationen aus und erklärte, niemand sei zu klein, um für den Frieden einzutreten.

In den Sommerferien veranstalteten die *DKP* und die *Jungen Pioniere* ihre 8. Kinderfahrt in die *DDR*, an der 375 Kinder aus Hessen teilnahmen.

Am zentralen Pfingstzeltlager der *Jungen Pioniere* Hessen vom 6. bis 8. Juni in Ortenberg beteiligten sich etwa 500 Kinder und Betreuer.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)

Das *IMSF* in Frankfurt am Main wurde 1968 gegründet und ist als gesellschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der *DKP* anzusehen. Seit 1. Juni ist Dr. Heinz Jung Leiter des Instituts. Der *DKP*-Vorsitzende Herbert Mies würdigte bei einem Empfang des *IMSF* in Frankfurt am Main die Verdienste des aus Altersgründen ausgeschiedenen Institutsleiters, Professor Dr. Josef Schleifstein, um die «schöpferische Anwendung und Entwicklung des Marxismus in der Bundesrepublik Deutschland». Das Institut setzte die Herausgabe von Schriftenreihen und Publikationen zur Unterstützung der ideologisch-politischen Arbeit der *DKP* fort.

In Zusammenarbeit mit dem *Institut für Weltwirtschaft und Internationale Bezie-*

*hungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR* und dem *Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW)* der *DDR* veranstaltete das *IMSF* vom 2. bis 4. Juni in Frankfurt am Main ein Symposium *Weltmarkt und Internationalisierung der Wirtschaft – aktuelle und theoretische Gesichtspunkte*. Bei einer gemeinsam mit dem *Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (IML)* am 6. und 7. Oktober in Mörfelden durchgeführten Veranstaltung wurde ein im Dezember 1980 begonnener Gedankenaustausch zum Thema *Die Sozialpolitik des Staates in der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft* fortgesetzt.

Unter dem Thema *Demokratische und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik – Grundlagen, Probleme, Perspektiven* führten das *IMSF*, die *Marxistische Abendschule (MASCH)*, Hamburg, sowie der *MSB* vom 18. bis 23. Oktober in Hamburg eine *Marxistische Woche '81* durch. «Politischer Höhepunkt» war eine Podiumsdiskussion unter dem Motto *Was uns trennt – was uns eint (Zur Strategie der Linken)* mit 2 000 Teilnehmern.

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *MAB* wurde 1969 als Dachorganisation der orthodox-kommunistisch orientierten Bildungsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. Bundesvorsitzender der *MAB* ist Hans Schneider, München. Die Zahl der aktiven Bildungsgemeinschaften ist 1981 auf 50 bis 60 Gruppen zurückgegangen (1980 rund 100), die jedoch überwiegend als *Marxistische Abendschulen (MASCH)* regelmäßig Kurse durchführten. Das Kursangebot steht auch Nichtkommunisten für das systematische Studium des Marxismus-Leninismus offen. In Hessen warben fünf lokale Bildungsgemeinschaften für die Teilnahme an ihren Kursen. Anlässlich des 20jährigen Bestehens der *August-Bebel-Gesellschaft* veranstaltete die *MAB* am 5. Dezember in Frankfurt am Main

eine wissenschaftliche Arbeitstagung zum Thema *Arbeiterbewegung – Sozialismus – Frieden*, an der auch Vertreter von Akademien aus Moskau und Ost-Berlin teilnahmen. Dr. Franke von der *Akademie für Gesellschaftswissenschaften (DDR)* bezeichnete in seinem Referat die Sicherung des Friedens als «strategische Zielsetzung des revolutionären Kampfes der Arbeiterbewegung» (*UZ* vom 12. und 16. Dezember 1981).

### **DKP-beeinflußte Organisationen**

Die *DKP* verstärkte ihre Bemühungen, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften zu einer Massenbasis und damit zu größerem politischen Einfluß zu gelangen. Nach bewährter kommunistischer Taktik griff sie dabei erneut Forderungen und Anliegen auf, für die auch Nichtkommunisten eintreten. Zentrales Thema blieb die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß. Unterstützt wurde die *DKP* durch zahlreiche unter ihrem Einfluß stehende Organisationen. Der Grad des *DKP*-Einflusses in diesen Organisationen ist unterschiedlich und reicht von dominierend bis zur verdeckten Steuerung. Meistens sind nur wenige Schlüsselfunktionen mit Mitgliedern und Anhängern der *DKP* besetzt, deren Wirken im Sinne der *DKP*-Bündnispolitik von der demokratischen Mehrheit entweder nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die wesentlichsten *DKP* beeinflussten Organisationen sind:

#### **Deutsche Friedens-Union (DFU)**

Die *DFU* wurde auf kommunistisches Betreiben 1960 in Stuttgart gegründet. An der Spitze der Organisation steht ein siebenköpfiges Direktorium. Der Partei gehören rund 2 000 Mitglieder an, organisiert in zehn Landesverbänden. In Hessen verfügt die *DFU* nur noch über kleinere Grup-

pen in einigen Städten und Landkreisen mit insgesamt 200 Mitgliedern. Aktivitäten gingen nur vom Landesvorstand aus. Die *DFU* hat im Rahmen der kommunistischen Bündnispolitik Koordinierungsaufgaben und soll Aktivitäten bürgerlicher, christlicher und pazifistischer Gruppierungen kanalisieren, neue Perspektiven aufzeigen und dadurch insbesondere das Aktionsbündnis der *Friedensbewegung* breiter gestalten. Das Arbeitsfeld der *DFU* lag insbesondere dort, wo Kommunisten auf Ablehnung stießen. Am 12./13. September veranstaltete die *DFU* in Hamburg eine bildungspolitische Konferenz *Friedenserziehung konkret* mit Gästen aus Finnland und den Niederlanden. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten eine gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa gerichtete *Charta zur Friedenserziehung 1981*.

#### **Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)**

Das *KFAZ* wurde unter maßgeblicher Förderung und Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen 1974 in Bad Godesberg gegründet. Es wird repräsentiert und angeleitet durch die Geschäftsführung und das *Büro des KFAZ*. Von den neun Mitgliedern dieser Leitungsgremien gehören acht dem sowjetisch gelenkten *Weltfriedensrat* an. In Hessen bestehen elf regionale Komitees.

Das *KFAZ* hatte eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung und Durchführung von Aktionen im Rahmen der kommunistischen Friedens- und Abrüstungspolitik. Am 7./8. Februar veranstaltete es in Frankfurt am Main eine *Aktionskonferenz Frieden '81 – Analysen, Meinungen, Aktionen*, bei der 300 Vertreter von Organisationen, Komitees und Bürgerinitiativen über gemeinsame und parallele Aktionen gegen den Nachrüstungsbeschluß der

NATO diskutierten. Die Teilnehmer verabschiedeten einen Aktionsleitfaden *1 Million Unterschriften unter den Krefelder Appell gegen Atomraketen in Mitteleuropa*.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die 1946 gegründete VVN geriet schnell unter maßgeblichen kommunistischen Einfluß. 1971 fügte sie ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch jüngere Mitglieder zu gewinnen. Sie hat auf Bundesebene rund 12 000 Mitglieder. Präsident der Vereinigung ist Dr. Josef C. Rossaint, Düsseldorf. Zum neuen Generalsekretär wurde Kurt Erlebach berufen, er ist gleichzeitig Mitglied des DKP-Parteivorstandes. Als Sprachrohr dient der VVN-BdA die Wochenzeitung *die tat*, deren Chefredakteur dem geschäftsführenden Präsidium der VVN-BdA angehört. Der im März neugewählte Generalsekretär warf in seiner Antrittsrede der amerikanischen Regierung vor, mit ihrer Sicherheitspolitik eine militärische Überlegenheit der USA anzustreben. Hauptaufgabe der VVN-BdA sei es deshalb, in Zusammenarbeit mit anderen Friedenskräften die Verwirklichung des «verhängnisvollen» NATO-Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern.

Der Landesverband Hessen der VVN-BdA hat etwa 1 600 Mitglieder, rund 300 mehr als im Vorjahr. Sie sind in 13 Kreisvereinigungen sowie in Ortsgruppen organisiert, jedoch nur zum Teil politisch aktiv. Sie beteiligten sich an den Kampagnen *für Frieden und Abrüstung* sowie *gegen Neonazismus und Berufsverbote*.

## Neue Linke

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Der KBW wurde 1973 gegründet. Hauptsitz ist Frankfurt am Main. Seine 32 bundesweiten Bezirksverbände wurden von den Parteisekretären Hans Gerhard Schmierer, Bernhard Peters und Volker Lehmann angeleitet. Dem KBW gehörten etwa 1 250 (1980: 1 500) Mitglieder an, davon in Hessen 250 (1980: 320). Die Auflagenhöhe des wöchentlich erscheinenden Zentralorgans *Kommunistische Volkszeitung (KVZ)* ging von 13 000 auf 5 000, die des monatlich erscheinenden theoretischen Organs *Kommunismus und Klassenkampf* von 8 000 auf 3 400 Exemplare zurück. Weiterhin regelmäßig wöchentlich erschien der interne *Beschluß- und Dokumentendienst*. Wirtschaftlich stützte sich die Partei auf die parteieigene *Kühl-KG* mit Sitz in Frankfurt am Main. Als Nebenorganisationen bestanden die *Vereinigung für revolutionäre Volksbildung (VrV)* – Organ: Mitteilungsblatt *revolutionäre volksbildung* –, der *Kommunistische Jugendbund (KJV)* und der *Kommunistische Studentenbund (KSB)*.

Obwohl der KBW unverändert an seinem Ziel festhielt, die «politische Macht» durch die «proletarische Revolution» zu erringen, verabschiedete er im November ein neues Parteistatut, nach dem die Partei mehr innerorganisatorische Freiheiten gewähren will. Auch alle bis dahin gültigen programmatischen Dokumente – so das *Programm* und die *Leitsätze zur Militärfrage* – wurden aufgehoben und durch drei *Resolutionen* ersetzt. In diesen wurden strittige Fragen – wie die Notwendigkeit der «Diktatur des Proletariats» – ausgeklammert; zum neuen Grundsatz wurde «Freiheit der Debatte, Einheit der Aktion!» erklärt. Der KBW wird nach den Bestimmungen des neuen *Statuts* jetzt von einer *Bundesleitung* geführt, die aus drei Sekretären und 42 Mitgliedern besteht. Die



Sekretäre bilden den *Ständigen Ausschuß* und vertreten die Partei nach außen. Die anhaltenden organisatorischen, finanziellen und personellen Schwierigkeiten sowie Programmdiskussionen innerhalb der Parteigliederungen führten zu einem deutlichen Rückgang der Aktivitäten der Partei bei den hessischen Bezirksverbände. Großveranstaltungen fanden kaum noch statt. Agitationsarbeit wurde nur gelegentlich betrieben. Die Schwerpunktarbeit der Partei war daher auch fast ausschließlich auf innerparteiliche, den organisatorischen Erhalt der Organisation bestimmende Maßnahmen und Tätigkeiten ausgerichtet. Den Rückgang des politischen Einflusses verdeutlichte auch das Abschneiden der Partei bei den hessischen Kommunalwahlen. Während der *KBW* in Frankfurt am Main mit einer eigenen, fünf Kandidaten umfassenden Liste kandidierte, ging er nach eigenen Angaben in Hanau, Friedberg, Michelstadt, Gießen und Wiesbaden Wahlbündnisse ein. In Frankfurt am Main konnte der *KBW* lediglich 308 Stimmen erringen und verlor gegenüber der Kommunalwahl 1977 803 Stimmen.

#### Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Der *BWK*, der sich im Oktober 1980 mit etwa 600 Mitgliedern vom *KBW* abgespalten hatte und über acht Landesverbände verfügt, hat seinen Sitz in Köln. Die von dem ehemaligen *KBW*-Funktionär Martin Fochler, Köln, geführte Organisation konnte ihren Mitgliederbestand nicht erhöhen; in Hessen war sie lediglich mit einer Funktionärsgruppe vertreten. Das monatlich erscheinende Zentralorgan *Politische Berichte* hatte eine Auflage von 2 100 Exemplaren (1980: 3 100). Ideologisch stützte sich der *BWK* auf *Statut und Programm des KBW* von 1973, die er bei seiner Gründung ohne wesentliche Änderungen übernommen hatte. Politisch war der *BWK* nur wenig aktiv. Auf Anwei-

sung des *Zentralkomitees* unterstützten die Mitglieder örtliche Aktionseinheiten gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß und engagierten sich in den Gewerkschaften für die Forderungen nach dem «Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO». Die Ende des Jahres angestrebte Zusammenarbeit mit der von der *KPD* gesteuerten *VOLKSFRONT* ist als Versuch einer Basiserweiterung anzusehen. In Hessen zeigte der *BWK* keine Aktivitäten; zur Bildung von organisatorischen Grundeinheiten kam es nicht.

#### Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD)

Die *KPD* mit Sitz in Dortmund wurde 1968 als *KPD/ML* gegründet; ihr Parteivorsitzender ist seit diesem Zeitpunkt Ernst Aust. Ihr gehörten auch 1981 unverändert 500 Mitglieder an, davon in Hessen 120 (1980: 100). Das wöchentliche Zentralorgan *Roter Morgen* erschien in einer Auflagenhöhe von etwa 6 000 Exemplaren. Nebenorganisationen der Partei sind die *VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden (VOLKSFRONT)* mit dem Zentralorgan *Volksecho*, die *Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)* – bis Mai 1981 *Rote Garde*, Zentralorgan *Roter Rebell* –, die *Kommunistischen Studenten (KS)* – Zentralorgan *Zwischenruf links* –, die *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)* – Zentralorgan *RGO-Nachrichten* –, die *Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB)* – Zentralorgan *Freies Landvolk* –, die *Rote Hilfe Deutschlands (RHD)* – Zentralorgan *Die Rote Hilfe* –, die *Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e. v. (DAFG)* – Zentralorgan *Albanische Hefte* –.

Die *KPD* trat unverändert für den gewaltamen Sturz der Bourgeoisie und des Kapitalismus, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsap-

parates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein. Sie orientierte sich weiterhin an der politischen Linie Albanens.

Die Partei verstärkte ihre politische Arbeit an «allen Fronten des Klassenkampfes», wobei der «Kampf gegen Reaktion und Faschismus», «gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit» und «für den Frieden» Schwerpunkte bildeten. Die Parteimitglieder wurden aufgefordert, sich sowohl in Betrieben als auch in den Gewerkschaften als unermüdete, opferbereite und kämpferische Kollegen einzusetzen. Um die Parteibasis zu erweitern, wandte sich die Partei verstärkt den türkischen Arbeitnehmern zu. Das Zentralorgan enthält daher seit Ende 1980 auch drei Seiten in türkischer Sprache.

Im Mai gründete die Partei ihren eigenen Studentenverband und benannte ihre Jugendorganisation *Rote Garde in Kommunistische Jugend Deutschlands* um. Da die Aktivitäten der *KPD* und ihrer Nebenorganisationen nicht die erhoffte Resonanz in der Bevölkerung fanden, will die Partei künftig durch eine verbesserte Schulung das «politisch-ideologische Niveau» ihrer Mitglieder anheben und selbst vermehrt in der Öffentlichkeit auftreten; die Betriebsarbeit soll verstärkt werden. In Hessen erschöpfte sich die Parteiarbeit (zwei *KPD*-Ortsgruppen, 13 Kreisverbände und acht Ortsgruppen der *VOLKSFRONT* sowie vereinzelt Stützpunkte von weiteren Nebenorganisationen) in mehreren Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen und Informationsständen.

#### Kommunistischer Bund (KB)

Die Politik des 1971 gegründeten *KB* mit Sitz in Hamburg wird von einem *leitenden Gremium* bestimmt. Dem Bund gehörten nach eigenen Angaben 570 (1980: 750) – in Hessen schätzungsweise 30 (1980: 50) – Mitglieder an. Die Auflagenhöhe seines 14-tägig erscheinenden Zentralor-

gans *Arbeiterkampf*, gedruckt in der *Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH*, sank auf 6 000 Exemplare (1980 etwa 7 500).

Der *KB*, der weiterhin am Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus festhielt, konnte seine innerorganisatorische Krise nicht überwinden. Es gelang ihm nicht, eigene überregionale Großveranstaltungen durchzuführen. In Hessen beteiligten sich die wenigen Mitglieder, ohne dort Einfluß gewinnen zu können, an den Aktionen der *Neuen Linken*, primär jedoch an Veranstaltungen gegen den geplanten Ausbau des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt am Main sowie gegen Kernkraftwerke.

#### Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)

Das Führungsgremium des 1972 auf Bundesebene gegründeten *KABD* ist die *Zentrale Leitung*; der Sitz der Organisation befindet sich in Essen. Während dem Bund 1980 noch 700, in Hessen 60 Mitglieder angehörten, wuchs seine Anhängerschaft 1981 auf 900, in Hessen auf 80 Personen. Auch die Auflagenhöhe seines 14-tägig erscheinenden Zentralorgans *Rote Fahne* konnte der *KABD* nach eigenen Angaben um 25% steigern. Sie lag Ende des Jahres bei rund 8 500 Exemplaren (1980: 7 000). Als theoretisches Organ erschien die Schrift *Revolutionärer Weg*.

Nebenorganisationen des *KABD* sind: Der *Revolutionäre Jugendverband Deutschlands (RJVD)* – Organ *Rebell*, die *Kommunistische Studentengruppe (KSG)* – Organ *Roter Pfeil* und der *Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)*.

Der *KABD* war bemüht, die für 1982 geplante Gründung einer *revolutionären Partei* vorzubereiten. Hierzu erarbeitete er die Entwürfe eines neuen *Parteiprogramms* und *Statuts* und beschloß einen *Nationalen Aufbauplan*.

Aus dem Entwurf des *Parteistatuts* ergibt sich die politische Zielsetzung des *KABD*. Er bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung, kritisiert jedoch den sowjetischen und chinesischen *Sozialimperialismus*. Der *KABD* versteht sich als Partei im leninistischen Sinne, das heißt als «politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse» in der Bundesrepublik Deutschland (*Präambel des Entwurfs des Parteistatuts*). Aus diesem Begriff folgt nach der marxistisch-leninistischen Ideologie der Anspruch auf politische Führung und damit auf eine Monopolstellung gegenüber allen anderen politischen Parteien und Gruppen. «Ihr grundlegendes Ziel», heißt es in der *Präambel*, «ist der revolutionäre Sturz des kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückersystems, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Damit ist nach der marxistisch-leninistischen Ideologie ein Verfassungssystem nach dem Typus der sogenannten *Volksdemokratien* vorprogrammiert, das heißt eine Verfassung, die konsequent den monopolartigen Führungsanspruch der kommunistischen Partei im Staat und in der Gesellschaft verwirklicht.

Die politische Arbeit des *KABD* erfolgte weitgehend konspirativ.

In Hessen bestehen Gruppen des *KABD* und seiner Nebenorganisationen in Kassel, Gießen, Marburg, Frankfurt am Main und Darmstadt. Die Kasseler Gruppe gab sporadisch eine flugblattähnliche *Betriebszeitung des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands für Kollegen der Thyssen-Henschel und Henschel Flugzeugwerke* mit dem Namen *Das Sprachrohr* heraus; im Bereich Darmstadt/Rüsselsheim erschien eine *Opel Information* des *KABD*. Im übrigen verstärkte der *KABD* seine Aktivitäten in den Betrieben, Gewerkschaften und unter den Studenten.

## Sonstige kommunistische Gruppen

Die politischen Aktivitäten der kleineren kommunistischen Gruppierungen in Hessen – oft örtlich begrenzt – waren von untergeordneter Bedeutung. Auch hier kam es wegen fehlender Anhänger zu Auflösungen. Während sich der *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)* mit etwa 300 Mitgliedern, in Hessen rund 20, – Zentralorgan *Kommunistische Arbeiterzeitung* – mit der Nebenorganisation *Kommunistischer Hochschulbund (KHB)* behaupten konnte, mußten die *Marxisten-Leninisten Deutschland (MLD)*, die *Gruppe 99* (Nachfolgeorganisation der im März 1980 aufgelösten *Kommunistischen Partei Deutschlands*) ihre Tätigkeit einstellen. Die *Komitees für Demokratie und Sozialismus (KDS)*, die für eine Aktionseinheit von sozialistisch/kommunistischen Kräften eintraten, befanden sich 1981 in einer Phase der Auflösung, wobei die Frage der weiteren Selbständigkeit oder die Mitarbeit in dem neuen sozialistischen Zeitschriftenprojekt *Moderne Zeiten* noch nicht geklärt wurde.

Der bedeutsamste Ansatz der *dogmatischen Neuen Linken*, eine politische Neuformierung zu versuchen, war das Zeitschriftenprojekt *Moderne Zeiten*. Seit dem Sommer sammelten sich Marxisten und Kommunisten verschiedener Gruppen um diese neugegründete sozialistische Monatschrift, die von der *Initiative Sozialistische Politik (ISP)* herausgegeben wird. Die Zeitschrift will einen Beitrag zur «Aneignung, Kritik und Weiterentwicklung der marxistischen Theorien» leisten und sowohl zum Sprachrohr als auch zum Spiegel der wirklichen Bewegung gegen den «herrschenden Block des Kapitals» werden. Sie möchte mehr als nur Auffangbecken für die Mitglieder sich auflösender Organisationen sein. Daher ist die Bildung autonomer *ISP-Gruppen*, die «nicht nur eine Zeitschrift, sondern auch Politik machen», vorgesehen.

Die politischen Aktivitäten der *trotzkistischen* Gruppen waren weiterhin rückläufig, die Gruppierungen untereinander zerstritten, die Anhängerschaft blieb gering. Die größte Gruppierung war weiterhin die *Gruppe Internationaler Marxisten-Deutsche Sektion der IV. Internationale (GIM)*, obwohl sie bundesweit von 500 auf 300, in Hessen von 80 auf 30 Mitglieder zurückging. Das Zentralorgan *Was tun* hat eine Auflage von 2 500 Exemplaren. Die übrigen in Hessen bestehenden *trotzkistischen* Gruppen hatten keine Bedeutung.

### Undogmatische Neue Linke

Die Gruppierungen, die der linksextremen *undogmatischen Neuen Linken* zuzurechnen sind, lehnten wie bisher feste Organisationsstrukturen sowie politische Programme ab und traten weiterhin für *Autonomie, Spontaneität und aggressiven Aktionismus* ein. Das Spektrum der Bewegung reichte von *gewaltfreien Alternativen* über *Alt-Sportis* bis hin zu *militanten Autonomen*. Sie zeigten zwar wiederholt in der Aktion Gemeinsamkeiten, doch das unterschiedliche Politikverständnis der Gruppen war immer wieder Anlaß zur gegenseitigen Ablehnung und führte nicht selten zur Zerstrittenheit. Die Konzeptlosigkeit der Bewegung offenbarte u. a. der Verlauf eines *teach-in* am 11. August in der Universität Frankfurt am Main zum Thema *Kriminalisierung politischer Gruppen mittels des § 129 a StGB*. Die kontroversen Diskussionen zur Gewaltfrage machten dabei deutlich, daß die Gruppierungen – es nahmen etwa 500 Personen (Vertreter der *dogmatischen Neuen Linken, Alt-Sportis, Hausbesetzer, Punker* und Personen des *schein-legalen RAF-Bereichs*) teil – zu einem gemeinsamen Handeln nicht fähig waren. Die Zeitung *Pflasterstrand (PS)* führte zur allgemeinen Situation im November aus, daß Aktionen und «Aktiönchen» perspektivlos seien und

der Substanzverlust der Frankfurter *Sportiszene* sich «am eindrucksvollsten in dem krassen Mißverhältnis von 8 000 verkauften *PS*-Exemplaren, somit mindestens doppelt so vielen Lesern, und den Teilnehmerzahlen von gelegentlichen Umzügen» belege.

Der Informationsaustausch innerhalb der *undogmatischen Neuen Linken* erfolgte durch die *linken Buchläden*, durch sogenannte *Szenenblätter* (in Hessen u. a.: der *Pflasterstrand*, das *Regionalblatt Mainz/Wiesbaden* und das *Regionalblatt Darmstadt*) sowie überregional durch *Die Tageszeitung* mit einer Auflage von etwa 45 000. Auch die zahlreichen *Alternativ-Zeitungen* druckten Erklärungen und Positionen linksextremer Gruppen sowie aus dem terroristischen Umfeld ab. Illegale Sendeanlagen wie *Radio ISNOGUD* dienten ebenfalls der Kommunikation unter den Gruppen und nahmen insbesondere bei Großaktionen der *Neuen Linken* Steuerungsfunktionen wahr.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der *undogmatischen Neuen Linken* stand die Beteiligung an Aktionen und Demonstrationen, die sich in Hessen insbesondere gegen den Bau der Startbahn West am Flughafen Rhein-Main richteten. Nicht selten traten Teilnehmer verummumt auf und gingen mit Steinen, Stahlkugeln und Brandsätzen gegen die eingesetzten Polizeikräfte vor. Die Auseinandersetzungen führten meist zu erheblichen Personen- und Sachschäden, so u. a. am:

- |  |  |
|--|--|
| 31. Januar<br>Frankfurt<br>am Main     | Solidaritätsdemonstration für El Salvador mit etwa 15 000 Teilnehmern; rund 800 Militante verursachten einen Sachschaden von annähernd einer Million DM. |
| 25. Februar<br>Flughafen<br>Rhein-Main | Ausbaugegner blockierten mit etwa 80 Kraftfahrzeugen den Verkehr im Bereich des Terminals; erstmals wurden Polizeibeamte, die                            |

- gegen die Verkehrsbehinderungen einschritten, tätlich angegriffen.
2. April  
Gießen  
Etwa 300 Jugendliche protestierten gegen das Abbrechen von Wohnhäusern und verursachten einen Sachschaden von über 300 000 DM.
- Mai/Juni  
Frankfurt  
am Main  
Mehrfach kam es am Eisernen Steg (Flohmarkt) zu schweren Ausschreitungen zwischen bis zu 600 Personen der *Hausbesetzerszene*, der *Schwarzen Blöcke* sowie *Punkern* und den eingesetzten Polizeikräften. Es entstand größerer Sachschaden, mehrfach wurden Polizeibeamte verletzt. Die Aktionen richteten sich offenbar gegen vorangegangene Überprüfungen von Hausbesetzern und Versuche der Post, den illegalen Sender *Radio ISNO-GUD* zu orten.
- 28./29. Juli  
Frankfurt  
am Main  
Nach der Räumung eines widerrechtlich besetzten Geländes der Deutschen Bundespost in Frankfurt am Main-Nied und der damit verbundenen Festnahme von über 100 Personen kam es wiederholt zu Brandanschlägen, Sachbeschädigungen und Drohungen gegen Einrichtungen der Deutschen Bundespost im Rhein-Main-Gebiet.
1. August  
Frankfurt  
am Main  
Nach einer friedlichen Demonstration mit etwa 1 500 Teilnehmern *Gegen die Kriminalisierung sozialer Protestbewegungen* kam es in der Innenstadt zu erheblichen Ausschreitungen. Maskierte Personen errichteten Barrikaden aus Müll-
22. Sep-  
tember  
Frankfurt  
am Main  
In Zusammenhang mit dem Tod des Demonstranten Rattay in Berlin führten etwa 500 Personen zunächst eine Spontandemonstration durch. Danach griffen Teilnehmer in Kleingruppentaktik Polizeibeamte und Dienstfahrzeuge an. An etwa 30 Objekten, insbesondere in der sogenannten «Freßgaß» entstand erheblicher Sachschaden; Schaufensterauslagen wurden geplündert. Der Gesamtschaden betrug etwa 300 000 DM. Dabei wurden sieben Polizeibeamte verletzt und neun Dienst-Kraftfahrzeuge beschädigt.
- 2./3. No-  
vember  
Baugelände  
Startbahn  
West  
und Frankfurt  
am Main  
Bei der Räumung des *Hütendorfes* versuchten etwa 1 200 Personen, die polizeilichen Absperrungen zu durchbrechen und den Bontonzaun zu beschädigen. Gegen eingesetzte Wasserwerfer wurden Molotow-Cocktails geworfen; über 40 Personen wurden vorläufig festgenommen. In Frankfurt am Main besetzten etwa 3 000 Personen den Hauptbahnhof. Danach kam es zu Tötlichkeiten in der Innenstadt und einer Verkehrsblockade. Die Polizei setzte Wasser-

werfer und Schlagstöcke ein. Unbekannte verübten auf dem Flughafengelände einen Brandanschlag gegen eine Flugsicherungseinrichtung; es entstand ein Sachschaden von etwa 400 000 DM. Hierzu bekannte sich eine *Revolutionäre Zelle*

15. November Flughafen, Autobahn und Baugelände Startbahn West  
Etwa 2 000 Startbahngegner versuchten das Terminal zu besetzen. Sie blockierten gleichzeitig Zu- und Abfahrten sowie die S-Bahn. Der Autobahnverkehr am Flughafen wurde lahmgelegt. Es wurden Barrikaden errichtet und angezündet. Aus einer Gruppierung von etwa 1 000 Demonstranten heraus wurde der Sicherheitszaun am Baugelände der Startbahn West beschädigt. Bei den Auseinandersetzungen wurden über 100 Polizeibeamte verletzt und zahlreiche Einsatzfahrzeuge beschädigt. 104 Personen wurden vorläufig festgenommen.

20., 24./25. November sowie 31. Dezember 81/82  
Ausbaugegner griffen den Bauzaun an und gingen mit Steinen, Ästen, Stahlkugeln, Brandflaschen u. ä. gegen die Polizeikräfte vor. Baugelände Wasserwerfer wurden eingesetzt. Es gab zahlreiche Festnahmen.

Parallel zu allen Aktionen erfolgten zu den jeweiligen Themen zahllose Schmier- und Sprühaktionen, die nicht selten das Zeichen der Anarchie, ein schwarzes A in einem schwarz umrandeten Kreis, trugen; Drohbriefe und Bombendrohungen häuften sich.

Autonome Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung

Die *Schwarzen Blöcke* in Frankfurt am Main, die zu den *autonomen Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung* gehören, traten durch Teilnahme an Hausbesetzungen und gewalttätigen Demonstrationen weiter in Erscheinung.

Gegen Angehörige dieser Gruppierung wurden im Zusammenhang mit der Aufklärung der in Hessen erfolgten Brand- und Sprengstoffanschläge von der Bundesanwaltschaft Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die Urheber der zahlreichen Protestaktionen, Sachbeschädigungen und Farbschmierereien nach der Räumung eines besetzten Geländes der Bundespost in Frankfurt am Main sind in den Reihen der *Schwarzen Blöcke* zu suchen.

Seit Oktober wurde die Bezeichnung *Schwarze Blöcke* nicht mehr benutzt. Es ist davon auszugehen, daß sich ihre Mitglieder den *autonomen Gruppen* angeschlossen haben und dort ihre Aktivitäten fortsetzen.

Sprachrohr dieser *Autonomen* in Frankfurt am Main ist die Zeitschrift *Vollautonom*. Sie wird von den Angehörigen des *Autonomen Plehums* erstellt und erschien fünfmal. Diese Publikation befaßte sich hauptsächlich mit der Auseinandersetzung zwischen den *Autonomen* und der *Alt-Sponti-Szene* in Frankfurt am Main. So wurde in der *Vollautonom* Nr. 6 ausgeführt: «Es mag in Frankfurt am Main inzwischen vier Gruppen geben, oder auch 25, in die die Szene zerfällt. Die meines Erachtens politisch bedeutsamste Auseinandersetzung findet zwischen den im weitesten Sinne Autonomen und den in einem sehr verengten Sinne Spontanen – den Gruppen um die «Vollautonomen» und den «Pflasterstrand» (PS) – statt. Um es überhaupt irgendwie zu qualifizieren, benenne ich die Kernpunkte dieser Auseinandersetzung mit den Begriffen Identität und Zweifel sowie Revolution und Gewalt.»

Weitere Schwerpunkte in der Berichterstattung dieser Publikation bildeten die Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn-West des Frankfurter Flughafens und das Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der *Schwarzen Blöcke*. In letzter Zeit ist zu beobachten, daß eine Änderung der inhaltlichen Ausrichtung der Zeitschrift auch auf Themen mit terroristischem Bezug erfolgt ist.

### **Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen**

Linksextreme Gruppen erlangten in den Studentenparlamenten der hessischen Universitäten und Hochschulen von den vorhandenen 157 Sitzen 54. Das bedeutet gegenüber 1980 den Verlust von einem Mandat. Die Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken (Spontis, Basisgruppen, Sozialistische Hochschulinitiative)* verloren sieben Mandate und verfügten noch insgesamt über 32 Sitze. Die *K-Gruppen* beteiligten sich nicht an den Wahlen. Die Gruppen der *Alten Linken (MSB und Sozialistischer Hochschulbund)* konnten ihre Sitzanteile von 15 (1980) auf 22 erhöhen.

Von den linksextremen Hochschulgruppen war die revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe (MG)*, die der *Neuen Linken* zuzurechnen ist, am aktivsten. Sie warb mit großem finanziellen Aufwand für ihre politischen Ziele, deren wichtigstes die Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland ist. Sie will durch wissenschaftliche Analysen die revolutionäre Praxis vorbereiten und Intellektuelle schulen, die dem Proletariat, das nach Ansicht der *MG*-Anhänger noch nicht reif für seine revolutionäre Mission ist, das notwendige Wissen vermitteln sollen. Die *MG* bezeichnet den «bürgerlichen Staat» als «Produkt erlesenen Terrors» und als ausschließlichen Zweck der bürgerlichen Demokratie die «Sicherung der

Ausbeutung». Die *MG* kritisierte die «anderen linken Gruppierungen». Während sie den prosovjietischen Kommunisten Revisionismus und Verrat an der «wahren Lehre» vorwarf, verurteilte sie die Politik der Anhänger der *Neuen Linken* vor allem wegen ihrer «fehlerhaften» theoretischen Arbeit und der damit zusammenhängenden Unfähigkeit, die Vorbedingungen zur Revolution zu schaffen.

Die Mitgliederzahl der *MG* dürfte bundesweit über 500 Personen betragen, wobei die Zahl der Sympathisanten noch weit höher liegt. Dies zeigt sich auch daran, daß die *MG* für ihre Aktionen in Hessen, die in Einzelfällen spektakulär verliefen, zwischen 300 und 1 000 Personen mobilisieren konnte.

### **Terrorismus**

#### **Rote Armee Fraktion (RAF)**

Während es der *RAF* in den drei vorangegangenen Jahren nicht gelungen war, mit spektakulären Aktionen ihren Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen, stellte diese Terrorgruppe 1981 mit zwei schweren Anschlägen ihre Gefährlichkeit erneut unter Beweis.

Am 31. August explodierte vor dem Hauptquartier der *US-Air-Force Europa (USAFE)* in Ramstein ein Sprengsatz in einem dort abgestellten PKW. Die Detonation verletzte 14 Personen, zum Teil schwer, und richtete erheblichen Sachschaden an. In verschiedenen gleichlautenden Bekennerschreiben erklärte die *RAF*: «Heute haben wir mit dem Kommando Sigurd Debus das Hauptquartier der *US-Air-Force* in Europa in Ramstein angegriffen. Die *US-Imperialisten* werden ihre Weltbeherrschungspläne nicht in Ruhe vorbereiten und ausführen können . . .».

Am 15. September verübten Mitglieder der *RAF* in Heidelberg einen Mordan-

schlag auf den Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Kroesen. Durch das Attentat, das mit einer Panzerabwehrwaffe auf den gepanzerten PKW des Generals verübt wurde, wurde dieser leicht verletzt. In einem Bekennerschreiben heißt es dazu: «Heute haben wir mit dem Kommando Gudrun Ensslin den Oberkommandierenden der US-Army und des Nato-Abschnittes Europa-Mitte, General Kroesen, angegriffen. Er ist einer der Generale, die die imperialistische Politik in Westeuropa bis zum Golf real in der Hand haben, weil er über den Einsatz und die Mittel in der Konfrontation entscheidet.»

Die Anschläge in Ramstein und Heidelberg machten deutlich:

- Die *RAF* hatte die seit längerer Zeit geplante «Offensive» begonnen.
- Hauptzielrichtung dieser «Offensive» waren u. a. militärische Einrichtungen, insbesondere der amerikanischen Stationierungstreitkräfte.

Obwohl die *RAF* bisher keine weiteren Anschläge verübt hat, kann diese «Offensive» noch nicht als beendet angesehen werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß sich die *RAF* durch Erfolglosigkeit nicht beirren und dazu verleiten läßt, schlecht vorbereitete Aktionen durchzuführen, die ein erhöhtes Risiko bedeuten. Vielmehr ist stets das Nachlassen des Fahndungsdruckes und der erhöhten Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden abgewartet worden.

Die im Untergrund lebenden *RAF-Kommandos* konnten sich weiter durch einzelne Personen des scheinlegalen Unterstützungsbereiches verstärken.

Inhaftierte Mitglieder der *RAF* begannen Anfang Februar in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim einen Hungerstreik, dem sich in den folgenden Tagen etwa 200 Häftlinge im gesamten Bundesgebiet anschlossen. Auch hessische Justizvollzugsanstalten waren von diesem Hungerstreik betroffen. Einige Häftlinge mußten aufgrund der langen Dauer des

Hungerstreiks und der dadurch eingetretenen lebensbedrohenden Schwächung zwangsernährt werden. Nach dem Tod des an dem Hungerstreik beteiligten Häftlings Sigurd Debus in der Justizvollzugsanstalt Hamburg wurde Mitte April der Hungerstreik von allen Häftlingen nahezu gleichzeitig abgebrochen.

Die Bedeutung der *Unterstützergruppen der RAF* nahm weiter zu. Dieser Personenkreis setzte die Informationsweitergabe, Häftlingsbetreuung, Prozeßbesuche und Propagandaaktionen unvermindert fort.

Schwerpunkt der Aktivitäten waren Besetzungsaktionen und Demonstrationen, die während des Hungerstreiks der *RAF-Terroristen* stattfanden. Dabei wurden wieder die angeblich menschenunwürdigen Haftbedingungen angeprangert und die «Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen» gefordert.

Im gleichen Zusammenhang standen eine Reihe von Brand- und Sprengstoffanschlägen, die zum Teil erheblichen Schaden verursachten und bei denen aufgrund der Tatumstände oder eingegangener Bekennerschreiben die Urheberschaft von *RAF-Unterstützern* anzunehmen ist. So heißt es in einem Bekennerbrief, der zu einem Brandanschlag auf das *Haus der SPD* in Frankfurt am Main einging, wie folgt: «Wir grüßen die Genoss(inn)en, die am 31. August 1981 das Hauptquartier der US-Streitkräfte für Europa in Ramstein/Pfalz – die größte US-Militär-Base außerhalb der USA – angegriffen haben. Einheit im antiimperialistischen-revolutionären Kampf. Solidarität mit der *RAF*.»

Erneut versuchten die *Unterstützergruppen*, ihre personelle Basis zu verbreitern. Dazu nutzten sie in den letzten Monaten insbesondere die Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn-West des Rhein-Main-Flughafens. Die *RAF-Unterstützer* stellten den Bau der Startbahn als einen Teil des «US-Imperialismus» dar. Ihre Rekrutierungsversuche blieben jedoch bis auf Einzelfälle ohne Erfolg.



## Revolutionäre Zellen (RZ)

Die Aktionen der *RZ* haben an Zahl und Gefährlichkeit zugenommen. Während sie bei früheren Anschlägen die Gefährdung von Menschenleben allenfalls in Kauf nahmen, bekannte sich nach dem gewaltsamen Tod des hessischen Wirtschaftsministers Heinz Herbert Karry am 11. Mai in Frankfurt am Main eine *Revolutionäre Zelle* zu dieser Tat und damit erstmals zu einem unmittelbaren Anschlag gegen einen Menschen. Die bisher unbekanntenen Täter töteten Minister Karry mit Pistolenschüssen durch das geöffnete Schlafzimmersfenster. In den Bekenner schreiben, die etwa drei Wochen später bekannt wurden, heißt es: «Der Tod von Karry war nicht beabsichtigt, sondern ein Unfall. . . Hätten wir Karry umlegen wollen, hätten wir ein anderes Kaliber benutzt und vor allem seinen Kopf ins Visier genommen. . . . Daß Karry durch diesen Zufall die Reise in die ewigen Jagdgründe antreten mußte, bekümmert uns ausschließlich insofern, als dies nicht geplant war, wir damit das Aktionsziel verfehlten.»

Im April verübten *RZ* im Raume Frankfurt am Main fünf Brandanschläge auf Kaufhäuser. Die Anschläge standen im Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierter terroristischer Gewalttäter der *RAF*. Die *RZ* waren darüber hinaus verantwortlich für sieben weitere Sprengstoff- und Brandanschläge in Hessen. Betroffen waren in sechs Fällen Firmen, die an den Bauarbeiten für die geplante Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens beteiligt sind. Ein versuchter schwerer Sprengstoffanschlag, der jedoch fehlschlug, richtete sich gegen das Hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik.

Es spricht manches dafür, daß es sich um verschiedene *Zellen* handelt, deren Mitglieder auch nicht mit den Angehörigen der *Revolutionären Zellen* identisch sind, die in den zurückliegenden Jahren die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten. Man kann davon ausgehen, daß es sich

bei den im Jahre 1981 tätig gewordenen *Revolutionären Zellen* überwiegend um sogenannte *Resonanzgruppen* handelt, die dem ständigen Aufruf: «Schafft viele Revolutionäre Zellen» gefolgt sind.

In der letzten Ausgabe der Zeitschrift *Revolutionärer Zorn – Zeitung der Revolutionären Zellen* vom Januar 1981 wurde eine Positionsbestimmung und Selbstkritik versucht. Man gab zu, «in der Vergangenheit Fehler gemacht» und eine «Krise» durchlaufen zu haben. Als langfristiges Ziel wurde in der Broschüre, die als Grundsatzpapier zu sehen ist, propagiert: «Unser Ziel war und ist die Verbreiterung des bewaffneten Widerstandes, war und ist die Unterstützung eines Netzes autonomer Gruppen, die als bewaffnete Tendenz innerhalb der Bewegung in ihren Städten und Regionen aus sich heraus aktionsfähig . . . sind . . .».

Es geht uns, platt gesagt, zunächst und vor allem um die Zersetzung des Fundamentes von Herrschaft . . .».

Der Gesamthalt macht deutlich, daß die Schrift noch stärker als die bisherigen Ausgaben des *Revolutionären Zorn* eine Orientierungshilfe für militant motivierbare Personenkreise sein sollte.

## Beurteilung

Unter Ausnutzung der Besorgnis in der Bevölkerung, daß ein neuer Rüstungswettlauf zu erhöhter Kriegsgefahr und zu eskalierenden finanziellen Belastungen führen könnte, betrieb die *DKP* ihre Agitation und Bündnispolitik mit dem primären Ziel, die Verteidigungskraft des Westens zu schwächen. Geschick und zielstrebig versuchte sie darauf hinzuwirken, daß sich die als neue politische Kraft formierende *Friedensbewegung* vornehmlich gegen den NATO-Doppelbeschluß richtete. In Hessen erzielte die *DKP* auch Erfolge durch ihre Beteiligung an den Aktionen gegen den Bau der Startbahn West am Flughafen Rhein-Main, insbesondere

durch die Behauptung, die Startbahn solle militärischen Zwecken dienen. Nicht nur bei diesen Aktionen zeigte sich darüber hinaus, daß ihre Bereitschaft auch zur Gewaltanwendung gewachsen ist. Eine akute Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland stellte die *DKP* jedoch nicht dar.

Die Parteien und Gruppen der *dogmatischen Neuen Linken* waren nicht in der Lage, auch nur in Ansätzen ihren politischen Zielen näher zu kommen. Die sich verschärfenden inneren Krisen, die erheblichen Mitgliederverluste und Auflösungstendenzen veranlaßten die Organisationen zur politischen Neuorientierung. Versuche, Bürgerproteste, Umweltschutzorganisationen und deren Aktivitäten sowie Alternativbewegungen in ihrem Sinne zu beeinflussen, scheiterten. Die Zeit der sogenannten *K-Gruppen* scheint dem Ende entgegenzugehen, zumal die neue *Protestbewegung* durch ihre Aktionen den Anhängern dieser Gruppen offensichtlich neue Perspektiven im politischen Tageskampf aufzeigte.

Im Bereich der *undogmatischen Neuen Linken* nahm die Militanz trotz der Zerstrittenheit der Gruppen untereinander zu; das Spektrum der Bewegung blieb unübersichtlich. Es bleibt abzuwarten, ob sich Kräfte innerhalb der *Protestbewegung* entwickeln, die sie zu echten Organisationen auf Bundes- oder Landesebene heranwachsen lassen.

Bei den studentischen Parlamentswahlen hielten die linksextremen Gruppierungen insgesamt die Zahl ihrer Mandate. Es fand jedoch ein Austausch statt. Während es den orthodoxen Kommunisten gelang, ihre Mandate um sieben zu erhöhen, verloren die Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken* die gleiche Zahl an Sitzen. Die spektakulären Anschläge der *RAF* und der *Revolutionären Zellen* haben gezeigt, daß die Sicherheitsbedrohung durch terroristische Gewalttäter noch nicht überwunden ist. Es muß auch in Zukunft mit schweren Anschlägen gerechnet werden. Dies gilt um so mehr, falls es den Terrororganisationen gelingen sollte, aus dem Protestpotential der Jugend neue Anhänger zu gewinnen.

# Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

## Allgemeine Entwicklungstendenzen

Von den zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland lebenden 4,6 Millionen Ausländern wohnen rund 515 000 in Hessen. Etwa ein Viertel davon sind Türken; es folgen Italiener, Jugoslawen, Spanier und Griechen. Regionaler Schwerpunkt ist das Rhein-Main-Gebiet. Die Großstädte Frankfurt am Main und Offenbach am Main weisen mit 22 bzw. 21 vom Hundert die größten Ausländeranteile auf.

Der überwiegende Teil der Ausländer verhält sich politisch zurückhaltend. Ein kleiner Teil ist in extremen Gruppierungen organisiert, die innenpolitische Streitigkeiten ihrer Heimatländer in der Bundesrepublik Deutschland austragen.

Die Aktivitäten türkischer Gruppierungen waren vor allem von Aktionen gegen die Militärregierung im Heimatland bestimmt. Auch die extremen Nationalisten, die sich nach dem Machtwechsel zunächst wohlwollend abwartend verhalten hatten, kritisierten inzwischen ihre Regierung mit zunehmender Schärfe.

Vor dem Hintergrund wachsender politischer Spannungen und erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten in Jugoslawien nahm die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland verübten Gewaltakte zwischen Angehörigen dieses Vielvölkerstaates zu.

Iranische Extremisten trugen ihre Meinungsverschiedenheiten über das *Khomeini-Regime* besonders an Hochschulen aus. Es kam vielfach zu heftigen Auseinandersetzungen, die in Tötlichkeiten ausarteten.

Palästinensische terroristische Splittergruppen verfolgten mit zahlreichen Anschlägen auf jüdische bzw. israelische Einrichtungen in Europa das Ziel, eine politische Lösung des Nahost-Konflikts zu verhindern.

Andere Ausländergruppen wie Kurden und Afghanen machten lediglich durch Demonstrationen und Zusammenkünfte auf ihre nationalen Anliegen aufmerksam.

## Türkische Gruppen

Die Demonstrations- und Agitationstätigkeit der orthodox-kommunistisch beeinflussten Türken und der türkischen Anhänger der *Neuen Linken* in der Bundesrepublik Deutschland gegen die türkische Militärregierung hielt 1981 an. Sie protestierten gegen «Verfolgung von Demokraten», «unmenschliche Haftmethoden», «Folterungen» und «Hinrichtungen durch die Militärjunta». Die nach dem Tag der Machtübernahme durch das Militär am 12. September 1980 zunächst zurückgegangenen Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und extremen Nationalisten nahmen 1981 wieder zu. Wie die linksextremen Gruppierungen agitierten nun auch extrem nationalistische Türken in der Bundesrepublik in immer stärkerem Maße gegen die türkische Militärregierung. Besonders zu Beginn des Prozesses gegen 587 Mitglieder und Anhänger der *Partei der Nationalen Bewegung (MHP)* in der Türkei am 19. August kritisierten sie öffentlich und heftig die nach ihrer Auffassung einsetzende Verfolgung von Nationalisten.

In Hessen wurden auf örtlicher Ebene unter den Türken vorwiegend linksextreme Gruppen auffällig:

Etwa 500 Personen, überwiegend Türken, beteiligten sich am 17. Januar in Frankfurt am Main an einer Demonstration *Gegen die Militärjunta und gegen die Türkeihilfe der Bundesregierung*. Unter dem gleichen Motto organisierte die Initiative *Für eine alternative Türkeihilfe* am 14. März in Frankfurt am Main eine zentrale Demonstration. Die etwa 9 000 Demonstrationsteilnehmer waren überwiegend Angehörige türkischer und deutscher Gruppen der *Neuen Linken*; sie kamen aus dem ganzen Bundesgebiet. Innerhalb des Demon-

strationszuges wurde eine etwa 300 Personen zählende Gruppe beobachtet, die sich aus *Polittrockern* sowie Angehörigen der *Anarcho-Szene* und des personellen Umfeldes der terroristischen *RAF* zusammensetzte. Dieser Block zeigte Stofftücher mit der Aufschrift «Freiheit für RAF-Gefangene, unterstützt deren Hungerstreik» u. ä. Texte.

Ungefähr 300 Anhänger eines türkischen *Antifaschistischen Aktionsbündnisses* protestierten am 11. April, ebenfalls in Frankfurt am Main, mit einem nichtangemeldeten Demonstrationzug gegen eine Folkloreveranstaltung des *Türkischen Kulturvereins Frankfurt am Main*, einer Mitgliederorganisation der von der nationalistischen *MHP* beeinflussten *Förderung der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)*. Etwa 50 Teilnehmer des *Aktionsbündnisses* versuchten, das Büro des *Kulturvereins* in der Gutleutstraße zu stürmen. Als die Polizei einen der angreifenden maskierten Türken festnahm, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf zehn Polizeibeamte und eine unbekannte Anzahl von Demonstranten verletzt und 18 Türken in Haft genommen wurden. In der Geschäftsstelle des *Kulturvereins* entstanden erhebliche Schäden. Gegen die Absicht der Ausländerbehörden, die bei diesem Vorfall erkannten gewalttätigen Türken auszuweisen, demonstrierten am 15. August in Frankfurt am Main etwa 1 000 türkischen und deutschen Gruppen der *Neuen Linken* zuzurechnende Personen.

Wiederum in Frankfurt am Main, aber auch in anderen Städten, veranstalteten am 14. November Anhänger der *Türkischen Kommunistischen Partei – Marxist-Leninisten (TKP/ML)* nicht angemeldete Demonstrationen vor türkischen Konsulaten, die sich gegen die Militärregierung in der Türkei richteten. In einigen Städten wurden in diesem Zusammenhang gewalttätig verlaufende Auseinandersetzungen registriert.

Die in der Bundesrepublik etablierten extrem nationalistischen türkischen Organisationen standen im wesentlichen unter dem Eindruck internationaler Ereignisse. So löste das Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai in Rom eine Kampagne gegen türkische Nationalisten aus, als deren Folge sich die *Förderung der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.* in öffentlichen Erklärungen von dem Anschlag distanzierte; sie bestritt jegliche Verbindung zu dem Attentäter Ali Ağca und verurteilte dessen Tat.

Aus Anlaß des Prozesses gegen die 587 Mitglieder und Anhänger der *Partei der Nationalen Bewegung (MHP)*, unter ihnen der Parteiführer und ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Alparslan Türkeş, protestierten am 19. August im Bundesgebiet die Anhänger der *ADÜTDF* in Flugblättern und durch Kranzniederlegungen vor türkischen Konsulaten.

In Bonn demonstrierten am 17. Oktober etwa 7 000 Anhänger der *ADÜTDF* für *Demokratie und nationale Einheit in der Türkei*. Auf Transparenten und in Flugblättern an die «lieben deutschen Freunde» hieß es, die Demonstration richte sich gegen die Mißachtung der Menschenrechte, Folter, Wirtschafts- und Sozialpolitik der türkischen Regierung und gegen die Massenprozesse, deren willkürliche und undemokratische Führung an die nationalsozialistische Prozeßführung erinnere. In Sprechchören wurde gefordert: «Die Kommunisten nach Rußland» und «Unser Blut kann fließen, aber der Sieg gehört dem Islam».

### Jugoslawische Gruppen

Jugoslawische Extremisten machten auch 1981 die Bundesrepublik Deutschland zum Platz ihrer Auseinandersetzungen. Aus Anlaß der Unruhen in der Provinz Kosovo protestierten und demonstrierten vor allem Exiljugoslawen albanischer Herkunft gegen die Zustände in ihrer Heimatregion. Die Bereitschaft zur Gewaltan-

wendung nahm wieder zu. Dabei standen die traditionellen Emigrantenvereinigungen nicht mehr allein, wie die am 11. Juli in Stuttgart unter Anleitung von Funktionären des sogenannten *Kroatischen Frühlings*, einer sozialistisch bis kommunistisch orientierten Vereinigung von Kroaten, vollzogene Gründung der *Kroatischen staatsbildenden Bewegung (HRVATSKI DRZAVOTVORNI POKRET – HDP –)* für Deutschland beweist. Ihr Ziel ist die Errichtung des unabhängigen Staates Kroatien. Sie ließ erkennen, daß auch sie stärkere Aktivitäten gegen Jugoslawien entwickeln werde.

In Hessen war an herausragenden Ereignissen zu registrieren: Am 11. April und am 23. Mai demonstrierten in Frankfurt am Main Exiljugoslawen für ein unabhängiges Kroatien und gegen die Verhältnisse in der Provinz Kosovo. Parolen auf Transparenten zeigten die Einstellung der Teilnehmer: «Wir fordern den Gnadentod Jugoslawiens», «Jugo-Imperialismus vergewaltigt die Balkanvölker», «Jugo-Panzer gegen Kosovo-Albaner», «Selbstbestimmung für Kroatien».

Am 14. Mai wurde in Frankfurt am Main der Schatzmeister der nationalistischen Organisation *Liga der albanischen Treue*, Rasim Zenelaj, durch mehrere Schüsse schwer verletzt. Er ist seitdem querschnittsgelähmt. Die Attentäterin, Zorica Aleksic, konnte noch im Flughafen Frankfurt am Main festgenommen werden. Sie erklärte, von einem Landsmann den Befehl bekommen zu haben, Zenelaj zu erschießen, weil dieser «gegen Jugoslawien» sei.

Vor dem jugoslawischen Fremdenverkehrsbüro in Frankfurt am Main wurden am 7. Oktober in einer Plastiktüte 5 kg Sprengstoff und eine fehlerhafte Zündanlage aufgefunden. Vom Motiv her kommen als Täter Exiljugoslawen in Frage.

Im Dezember wurden in der Wohnung eines kroatischen Emigranten in Darmstadt-Eberstadt ein Revolver, etwa 10 kg Plastik-Sprengstoff, eine größere Anzahl

Sprengzünder und für die Ausführung von Sprengungen präparierte Reisewecker sichergestellt. Der Kroat behauptete, die Gegenstände seien ihm von Unbekannten untergeschoben worden.

## Iranische Gruppen

Der iranische Extremismus war 1981 vor allem von Auswirkungen der sich im Iran zuspitzenden Lage geprägt. Die Absetzung des ehemaligen Staatspräsidenten Bani Sadr im Sommer und Verfolgungsmaßnahmen im Heimatland führten bei den Iranern im Bundesgebiet zu wachsender Verhärtung zwischen den regierungsfreundlichen und -feindlichen Gruppierungen. Im Vorjahr entstandene Widerstandskreise festigten sich, neue entstanden. Vielfach kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des *Khomeini-Regimes*. Besonders an Hochschulen endeten die Meinungsverschiedenheiten häufig mit heftigen Schlägereien, so auch an der Technischen Hochschule Darmstadt, wo es zahlreiche Verletzte gab.

In Frankfurt am Main drangen am 27. Juli etwa zehn Anhänger der marxistisch-leninistischen Organisation *Peykar* (Kampf) in das Büro der Fluggesellschaft *Iran Air* ein und besprühten Scheiben und Wände mit Parolen wie: «Es lebe die demokratische Volksrepublik», «Schluß mit Terror, Folter und Hinrichtung im Iran», «Nieder mit dem US-Imperialismus».

## Palästinensische Gruppen

Auch 1981 entwickelten palästinensische Splittergruppen, die sich in Opposition zur offiziellen Politik der *PLO* gestellt hatten, erhebliche terroristische Energie. Zahlreiche Anschläge auf israelische bzw. jüdische Einrichtungen in Europa beweisen das ebenso wie die Ermordung von herausragenden Exponenten der *PLO*, die

der Linie Arafats gefolgt sind, oder die des Wiener Stadtrates Nittel am 1. Mai und der Überfall auf die Jüdische Synagoge in Wien am 29. August, bei dem es zwei Tote und einige Verletzte gab. Die Splittergruppen wollen damit eine politische Lösung des Nahost-Konflikts verhindern.

In Hessen veranstalteten palästinensische Organisationen Ende Januar traditionsgemäß die *Palästina Woche*. Mit Flugblättern und Plakaten wurde zu verschiedenen Veranstaltungen in Frankfurt am Main und Kassel eingeladen. Die Versammlungen waren gut besucht, wie beispielsweise von etwa 800 Personen am 21. Januar in Frankfurt am Main. Die marxistisch-leninistisch orientierte *Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)* beging am 21. Februar in Frankfurt am Main den zwölften Jahrestag ihrer Gründung. Die Referenten beschworen vor ungefähr 600 Zuhörern die Einheit der *PLO* und sprachen sich gegen die Abmachungen von Camp David aus.

### **Beurteilung**

Die Gesamtmitgliederzahl extremer Ausländerorganisationen hat sich gegenüber

1980 nicht wesentlich verändert. Nach wie vor sind die politischen Verhältnisse und Konflikte in vielen Herkunftsländern in erster Linie bestimmend für die Aktivitäten ausländischer Extremisten im Bundesgebiet.

Die Demonstrations- und Agitationstätigkeit türkischer Linksextremisten gegen die Militärregierung hält an. Veränderungen zeichnen sich im Bereich der extremen Nationalisten ab, die zunächst eine Ausschaltung der Kommunisten in ihrem Heimatland erhofften und sich abwartend verhielten. Erste Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Situation verschärfen könnte, wenn der in der Türkei unter Anklage stehende *MHP*-Vorsitzende Türke zu einer schweren Strafe verurteilt werden sollte.

Gewaltakte gegen jugoslawische Einrichtungen und Exilkroaten nahmen wieder zu.

Die Ereignisse im Iran führten zu einer Veränderung der Lage der extremen iranischen Organisationen im Bundesgebiet. Während zunächst *Khomeini*-Anhänger die Oberhand hatten, gewinnen seit einiger Zeit seine Gegner zunehmend an Einfluß.

# Spionageabwehr

## Allgemeine Lage

Die Verfassungsschutzbehörden registrierten im Jahr 1981 erneut intensive Ausspähungsangriffe der Geheimdienste kommunistischer Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunkte der Nachrichtenbeschaffung waren die Bereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Militärwesen.

Die enormen Anstrengungen der Spionageorganisationen der Staaten des *Warschauer Paktes* sind mit den ihr Handeln bestimmenden politischen Vorgaben zu erklären, der Einsatzwille mit dem Ansehen, das die «Kundschafter des Friedens» in der Gesellschaftsordnung des Ostens genießen. Das Anliegen an die Geheimdienste wird in einer Grußadresse dargelegt, die das *Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* anlässlich des 32. Jahrestages der Gründung des *Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)* publizierte. Das *ZK der SED* rief darin die Mitarbeiter des Ministeriums zu «höchster revolutionärer Wachsamkeit, größter persönlicher Einsatzbereitschaft und gewissenhafter Pflichterfüllung» auf. Das *ZK* betonte, daß die internationale Lage die «weitere konsequente Aufklärung und Vereitelung friedensgefährdender und menschenfeindlicher Pläne und Machenschaften des Gegners» verlange. Die Geheimdienste des kommunistischen Machtbereichs sind ihrem Prinzip treugeblieben, auf wertvolle Zugänge gerichtete Planungen äußerst sorgfältig und auf lange Sicht anzulegen; das gilt in besonderem Maße für die Dienste der Sowjetunion und der *DDR*. Sie waren daneben bemüht, die Methoden der Nachrichtengewinnung weiter zu verfeinern, insbesondere neue Wege der Einschleusung von geheimen Mitarbeitern zu suchen und die technische Abwicklung der Agentenführung, beispielsweise mit Hilfe erheblich

verbesserter Funkgeräte, effektiver und gleichzeitig mit verringertem Risiko der Entdeckung zu gestalten.

## Werbungsanlässe und -methodik

Die östlichen Geheimdienste haben sich bei der Werbung künftiger Agenten weiterhin auf die erprobten Verfahrensweisen verlassen; hingegen entwickelten sie seit Jahren viel Phantasie hinsichtlich der einzusetzenden Mittel und der taktischen Durchführung.

In steigendem Maße wurden private Reisen in den Ostblock zur Herstellung nachrichtendienstlicher Kontakte genutzt. Die bei den Einreiseformalitäten anfallenden Personendaten boten und bieten den Geheimdiensten, besonders denen der *DDR*, vielfältige Möglichkeiten der Verbindungsaufnahme.

Das *MfS* nutzte auch 1981 die Urlaubsreisen von Bundesbürgern an die bulgarische Schwarzmeerküste, um dort von gut vorbereiteten geheimdienstlichen Mitarbeitern Beziehungen anknüpfen zu lassen. Bei Aufenthalt in anderen kommunistischen Staaten, insbesondere in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei, schafften Befragungen bei der Einreise, aber auch die Überwachung der Hotels und der Campingplätze, zahlreiche Ansatzpunkte für spätere Werbungen.

Diese erfolgten dann teils offen in persönlich gehaltenen Einzelgesprächen, teils verdeckt. Bei der verdeckten Ansprache bevorzugten die nachrichtendienstlichen Mitarbeiter die Rolle eines Journalisten oder die des Angehörigen eines wissenschaftlichen Instituts. Bei dem Besuch von Verwandten in Ostblockstaaten wurden diese veranlaßt, beim Zustandekommen der ersten Gespräche mitzuwirken. In der *DDR* ist die seit langem praktizierte Methode, Besucher aus dem Westen zum *Rat des Kreises* zu bestellen und dort von einem Mitarbeiter des *MfS* auf die nachrichtendienstliche Eignung testen zu las-

sen, beibehalten worden. Bei geringer Resonanz auf den Versuch der Anbahnung wurden Druckmittel angewandt: Geschäftliche, familiäre oder sexuelle Beziehungen, aber auch tatsächliche oder behauptete Verstöße gegen die Gesetze, insbesondere auf den Gebieten der Devisen- und Zollbestimmungen und des Verkehrswesens, zeigten sich als wirksame Ansatzpunkte. Nicht selten provozierten die Geheimdienste das Fehlverhalten der Reisenden.

Das Interesse galt vor allem Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Fachleuten aus Industrie und Wirtschaft und Studenten.

Als andere, seit Jahren sehr erfolgreiche Variante der Werbung für die nachrichtendienstliche Arbeit haben die Geheimdienste der *DDR* die Möglichkeit genutzt, die Stellengesuche in Zeitungen bieten. Über Briefkontakte oder Telefon stellten angebliche Industrieministere, Wirtschafts-, Dokumentations- oder Servicebüros für Industrie und Wirtschaft, Unternehmensberatungen oder Firmen mit ähnlich lautenden Bezeichnungen meistens freie Mitarbeit auf Honorarbasis in Aussicht. Dabei wurden die Briefe häufig in Berlin (West) zur Post gegeben, um die Inserenten zu täuschen. Der vorgeschlagene Treffpunkt lag aber stets in Ostberlin. Die Einladungen dorthin endeten immer in Restaurants oder Hotels, niemals in der ursprünglich genannten Firma. Bei dieser handelt es sich stets um eine Scheinadresse. Die Staatsunternehmen der *DDR* wickeln ihre Außenhandelsgeschäfte ausschließlich über die eigens dafür vorgesehenen *DDR*-Außenhandelsbüros ab, nicht über private Einrichtungen.

Es wurden jedoch nicht nur Bundesbürger in der *DDR* angesprochen, sondern auch *DDR*-Bewohner, die in den Westen übersiedeln wollen oder dorthin abgeschoben werden.

## **Umfang und Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten**

Die Zahl der 1981 festgestellten Werbungen und Werbungsversuche entsprach etwa dem hohen Stand des Vorjahres. Den größten Anteil hatten weiterhin die Nachrichtendienste der *DDR*. Während er im Bundesgebiet insgesamt etwas unter 70% sank, lag er in Hessen weiter über 80%. Es folgten die Nachrichtendienste der *CSSR*, *UdSSR*, Polens und Ungarns.

Im Jahre 1981 waren in Hessen die meisten der erkannten Aufträge (40%) gegen die Wirtschaft gerichtet. Dieser Umstand verdeutlicht den erheblichen wirtschaftlichen und technischen Nachholbedarf gegenüber dem Westen. Die Bedeutung dieses Bereichs für die Wirtschaft der *DDR* zeigt sich bereits daran, daß allein vier von den 15 Abteilungen der Hauptverwaltung «Aufklärung» des *MfS* mit Wirtschaftsausspähung befaßt sind. Auf diese Weise eingeholte Informationen werden den fachlich zuständigen *DDR*-Betrieben überlassen, die hierfür eine finanzielle Gegenleistung an das *MfS* entrichten müssen. Damit können neue Forschungsaufträge finanziert werden.

Die Forschungstätigkeiten richten sich vorwiegend gegen Unternehmen, die in den Bereichen Chemie, Elektronik, Rüstung, Fahrzeug- und Luftfahrzeugbau, Maschinenbau und Feinmechanik tätig sind sowie gegen Forschungsstätten der Wirtschaft.

## **Führungsmethodik**

Die nachrichtendienstlichen Zusammenkünfte der östlichen Geheimdienste wurden vermehrt im kommunistischen Machtbereich abgewickelt. Nur bei gefestigten Bindungen und wenn die Gefahr der Enttarnung bestand, fanden Treffen im westlichen und neutralen Ausland statt. Der persönliche Treff innerhalb des Bundes-



gebietes setzt ein besonders enges Vertrauensverhältnis voraus und läßt meist auf mehrjährige nachrichtendienstliche Verbindung schließen.

Die Führung hier ansässiger Agenten erfolgt in erster Linie durch technische Verbindungsmittel wie Telefon und Funk, bei denen das Risiko des Enttarnens der nachrichtendienstlichen Verbindungen gering ist. Daneben hält aber auch der Einsatz von Kurieren unvermindert an; entweder sie treffen den hier ansässigen Agenten unmittelbar oder nehmen Verbindung über *Tote Briefkästen* auf. Auf diese Art werden nachrichtendienstlich gewonnenes Material, Anweisungen sowie finanzielle Mittel ausgetauscht.

Auch die *legalen Residenturen* gegnerischer Nachrichtendienste sind weiterhin zu einem erheblichen Teil an der Lenkung der Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Während wie bisher der Schwerpunkt der Steuerung nachrichtendienstlicher Verbindungen bei Botschaften, Konsulaten, Handelsvertretungen und Militärmissionen lag, vermehrten sich Aktivitäten aus halbamtlichen Vertretungen kommunistischer Staaten. So wurden Stützpunkte der Luftfahrtgesellschaften und Reisebüros, staatliche Wirtschaftsagenturen sowie Vertretungen von Presse, Rundfunk und Fernsehen in zunehmendem Maße für nachrichtendienstliche Operationen benutzt. In diesem Zusammenhang gewann auch die Gründung von Firmen an Bedeutung, die entweder ausschließlich mit Kapital und Personal der *RGW-Staaten (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)* arbeiten oder an denen Staatshandelsunternehmen des Ostblocks beteiligt sind.

## Beurteilung

Die Bemühungen der in der Bundesrepublik Deutschland operierenden Geheimdienste des kommunistischen Machtbereichs, nachrichtendienstliche Zugänge in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, der Verwaltung und der Wirtschaft, der Parteien und Verbände zu eröffnen, haben unvermindert angehalten. Es ist zu erwarten, daß wirtschaftliche und technische Engpässe in den Ostblockstaaten ein gesteigertes Informationsbedürfnis hervorrufen. Dies wird unter anderem auch den verstärkten Einsatz der Nachrichtendienste gegen westliche Industriestaaten zur Folge haben. Dadurch erhöht sich das Risiko für den Bundesbürger, vor allem bei privaten und beruflichen Reisen in den kommunistischen Machtbereich, in eine nachrichtendienstliche Verstrickung zu geraten. Dies macht es erforderlich, das Sicherheitsbewußtsein in der Öffentlichkeit und auch in Behörden und Institutionen weiter zu verbessern. Bei begründetem Anlaß zur Besorgnis sollte vor Antritt einer Reise in den kommunistischen Machtbereich von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden, sich über Gefahren und Risiken der Reise im Hinblick auf die Arbeitsweise der östlichen Nachrichtendienste zu unterrichten. Wer vermutet, von einem Nachrichtendienst angesprochen worden zu sein, sollte sich vertrauensvoll an die zuständige Verfassungsschutzbehörde wenden. Dies dient nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch dem eigenen Schutz. Auch wenn sich jemand auf eine geheimdienstliche Beziehung eingelassen hat, kann allein die umfassende Offenbarung helfen, weitergehenden Schaden für den Betroffenen zu vermeiden.